

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

NUMMER 140

3. Ausgabe 1973

EINZELPREIS S 3,-

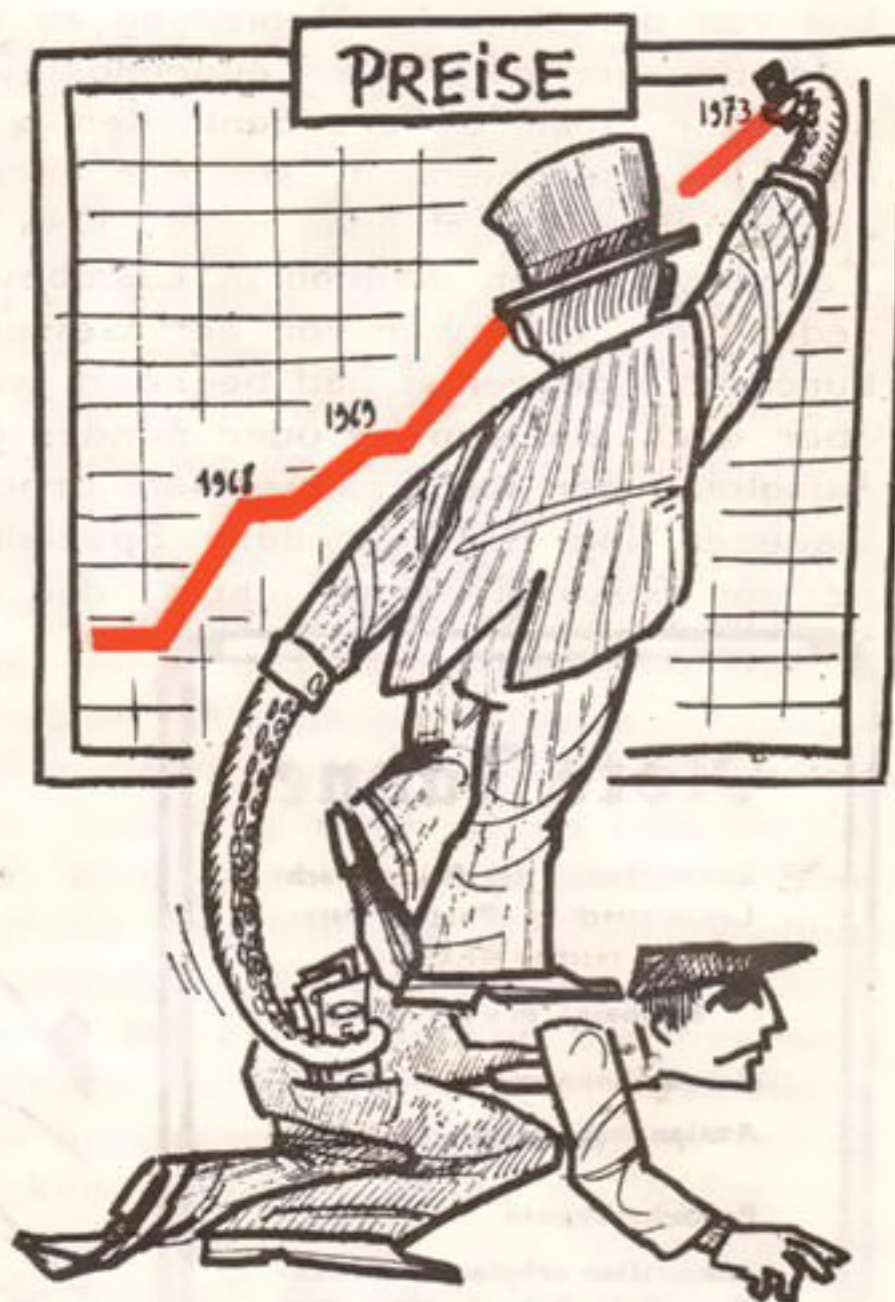
**Die Arbeiter haben nur eine wirksame Waffe
gegen Teuerung und Geldentwertung:**

Lohnkampf !

Im Jänner, dem ersten Monat mit der neuen Mehrwertsteuer, die in erster Linie eine Mehrsteuer ist, hat die Teuerung in Österreich selbst nach den Angaben des Statistischen Zentralamts mit 8,1 Prozent alle bisherigen Rekorde überboten. Nach der selben offiziellen Quelle sind die Preise für Lebensmittel um 9,1 Prozent, die Kosten für Körper- und Gesundheitspflege einschließlich der Spitalskosten um 11,8 Prozent, die Wohnungskosten um 11,9 Prozent, die Preise für bestimmte Textilsorten wie etwa Wolldecken sogar um 17,9 Prozent gestiegen. Das heißt, daß eine Tausend-Schilling-Note, je nach dem, was man damit kauft, von einem Jahr auf das andere nur mehr etwa 920, 910, 880 oder gar nur mehr 820 Schilling wert ist. Und das sind die amtlichen Angaben, von denen heute schon jedermann weiß, daß sie immer mehr manipuliert werden, damit sie nicht die ganze traurige Wahrheit erkennen lassen!

Bekanntlich gibt es in Österreich schon seit langer Zeit eine schleichende Inflation, eine schrittweise Geldentwertung und Kaufkraftverdünnung. Das ist ein wichtiges Mittel zusätzlicher Ausbeutung des arbeitenden Volkes und wird daher von allen kapitalistischen und revisionistischen Regierungen in wachsendem Maß angewandt. Doch was diesbezüglich dem arbeitenden Volk Österreichs zugemutet wird, läßt auch die Ausbeuter in vielen anderen Ländern vor Neid erblassen.

Vor einigen Jahren, als die Teuerung unter einer ÖVP-Regierung die 3-Prozent-Marke überschritt, bezeichnete die damals in Opposition befindliche



**Teuerung heisst :
VERSCHÄRFTE AUSBEUTUNG !
WEHRT EUCH !**

SPÖ-Führung das mit Recht als unerträglich. Sie stellte der ÖVP-Regierung damals ein "Preis-Ultimatum" und organisierte eine lautstarke Kampagne, die schließlich in der Forderung gipfelte, bei den nächsten Wahlen der SPÖ die Stimme zu geben, um so der ÖVP-Politik der Teuerung und Geldentwertung einen Schlag zu versetzen. Viele gingen damals der heuchlerischen Reklame vom Schilling, der nicht kleiner werden dürfe, auf den Leim. Sie glaubten wirklich, der Teuerungspolitik mit einem Stimmzettel entgegenzutreten zu können und halfen Kreisky und seinem Team in die Ministersessel. Sie haben den Teufel mit dem Beelzebuben ausgetrieben, sind vom Regen in die Traufe gekommen! Die SPÖ-Regierung Kreiskys hat sich als die ärgste Preistreiber-Regierung in der Geschichte der 2. österreichischen Republik erwiesen. Sie hat dem Rekord-Lohnraub durch die Teuerung noch den Rekord an Demagogie beigegeben, indem sie es als "Teilerfolg" hinstellt, daß die Teuerung im abgelaufenen Jahr "nur" 8,1 Prozent erreichte und nicht 10, 12 oder noch mehr Prozent.

Die von der Kreisky-Regierung zu verantwortende gegenwärtige Teuerungslawine ist nicht nur ihrem außerordentlichen Umfang nach so einschneidend, sondern auch ihren ganzen Begleitumständen nach. Den früheren Teuerungswellen standen ja Lohnbewegungen gegenüber, die zwar von der Gewerkschaftsbürokratie gebremst und begrenzt waren, aber doch einen mehr oder minder großen Ausgleich der Kaufkraftverluste brachten. Dagegen liegt die besondere Spezialität der jetzigen Rekordteuerung darin, daß sie zu-

gleich mit massiven Anstrengungen verbunden ist, ein so weitgehendes "Stillhalten" auf dem Lohnsektor zu erzwingen, daß den Arbeitern die Kompensation der Teuerung unmöglich wird und sie die volle Last der Kaufkraftverminderung auch tatsächlich tragen müssen! Niemals hätte es eine ÖVP-Regierung wagen können, in solcher Weise mit den Arbeitern umzuspringen wie heute die Kreisky, Benya, Androsch, Staribacher und Konsorten!

Um ihre arbeiter- und volksfeindliche Politik zu beschönigen und zu vertuschen, haben die SPÖ-Führer eine wahre Virtuosität der Demagogie und Massenverdummung entwickelt. Auf der einen Seite versuchen sie abzuwiegeln, indem sie am laufenden Band Versprechungen abgeben, beruhigende Prognosen veröffentlichen und alle nur erdenkliche Schönfärberei betreiben, um die arbeitenden Menschen in Sicherheit und Sorglosigkeit zu wiegen. Auf der anderen Seite bedienen sie sich aber auch bewußt lancierter Hiobsbotschaften und absichtlich übertriebener Alarmnachrichten, die sie geradezu zu Maßstäben des "Erfolgs" ihrer Politik machen, wenn sie sich nicht im vollen Umfang bewahrheiten.

Nehmen wir ein typisches Beispiel: Anfang des vorigen Jahres sagten die Wirtschaftsexperten der österreichischen Regierung voraus, daß 1972 mit einer Teuerungsrate von etwa 4 Prozent zu rechnen sei, es gebe somit keinen Grund für allzugroße Aufregung. In Wirklichkeit erreichte die Teuerung mit 8,1 Prozent aber mehr als das doppelte Ausmaß. Sagten nun aber

Rote Fahne

Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (MLPÖ)

Erscheint monatlich

Jahresabonnement S 35.—

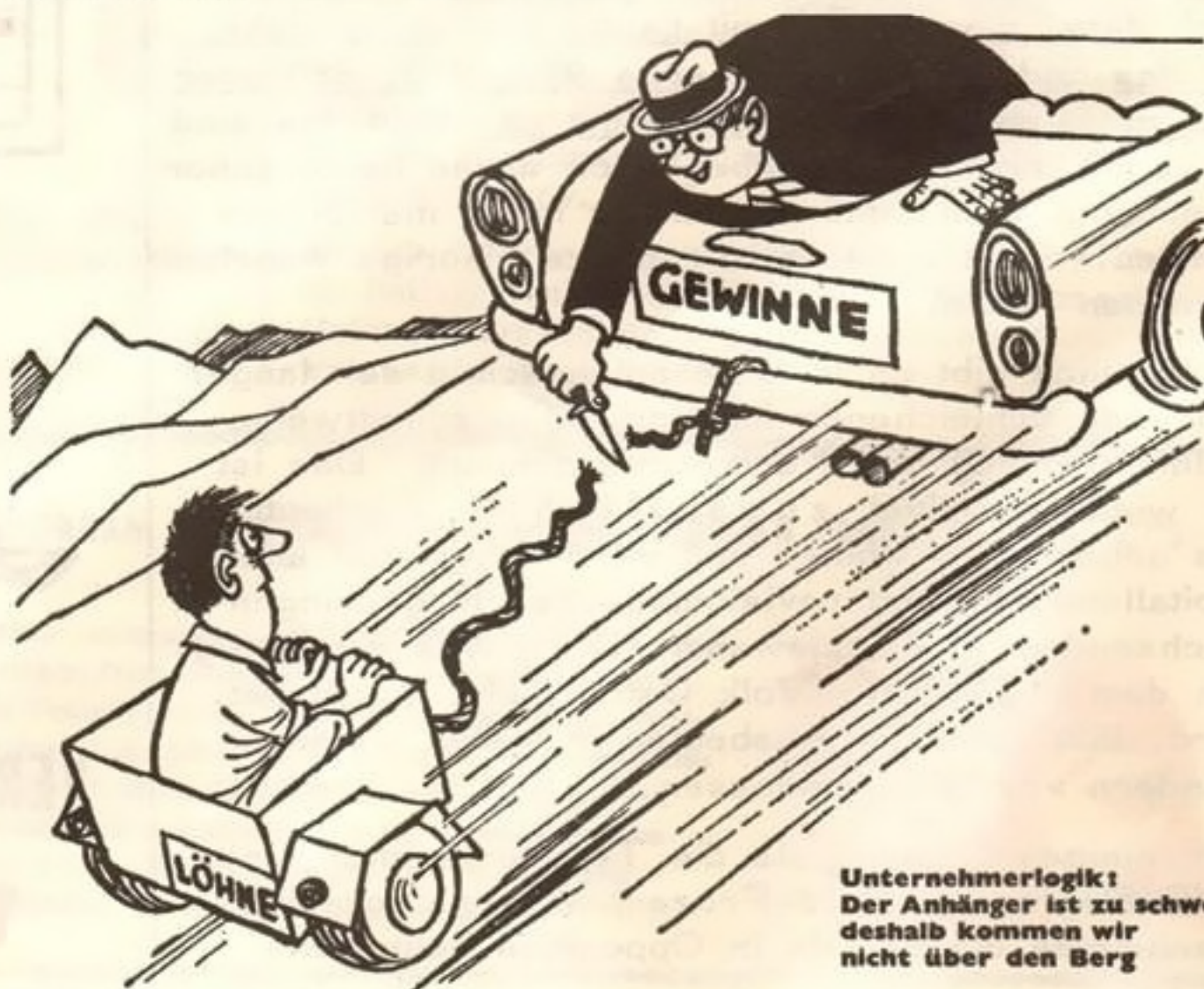
Auslandsabonnement S 73.—

Postcheckkonto Nr 173.8481

Zuschriften erbeten an Redaktion „Rote Fahne“, Wien XV, Goldschlagstraße 64/5 — 1150

Leserdienst jeden Donnerstag ab 18 Uhr

Telefon (0222) 92 33 88



Unternehmerlogik:
Der Anhänger ist zu schwer,
deshalb kommen wir
nicht über den Berg



Handelsminister STARIBACHER am 12. 2. 1973 darüber, daß die Teuerung ohnedies "bloß" 8,1 Prozent erreicht habe:

"Ich will nicht von Erfolgen reden, aber das ist doch wohl sicher ein Teilerfolg!"

Die TEUERUNGSRATTE: "Gut gesprochen, alter Farbverkehrer! Ich fresse mich inzwischen zum nächsten Teilerfolg weiter!"

Kreisky und seine Minister zu Beginn des heurigen Jahres wahrheitsgemäß: "Leute, unsere Politik war für das arbeitende Volk katastrophal, denn wir haben Euch nicht bloß die prognostizierte Geldentwertung von 4 Prozent gebracht, sondern mehr als das Doppelte"? Natürlich nicht! Jetzt zogen sie plötzlich eine ganz andere "Prognose" aus der Tasche und argumentierten von der anderen Seite her: Gab es nicht Befürchtungen, daß die Teuerung 10 Prozent oder noch mehr erreicht? Ist es also nicht ein sehr beachtlicher "Teilerfolg", wenn wir mit "bloß" 8,1 Prozent eindeutig "unter der 10-Prozent-Marke geblieben" sind?

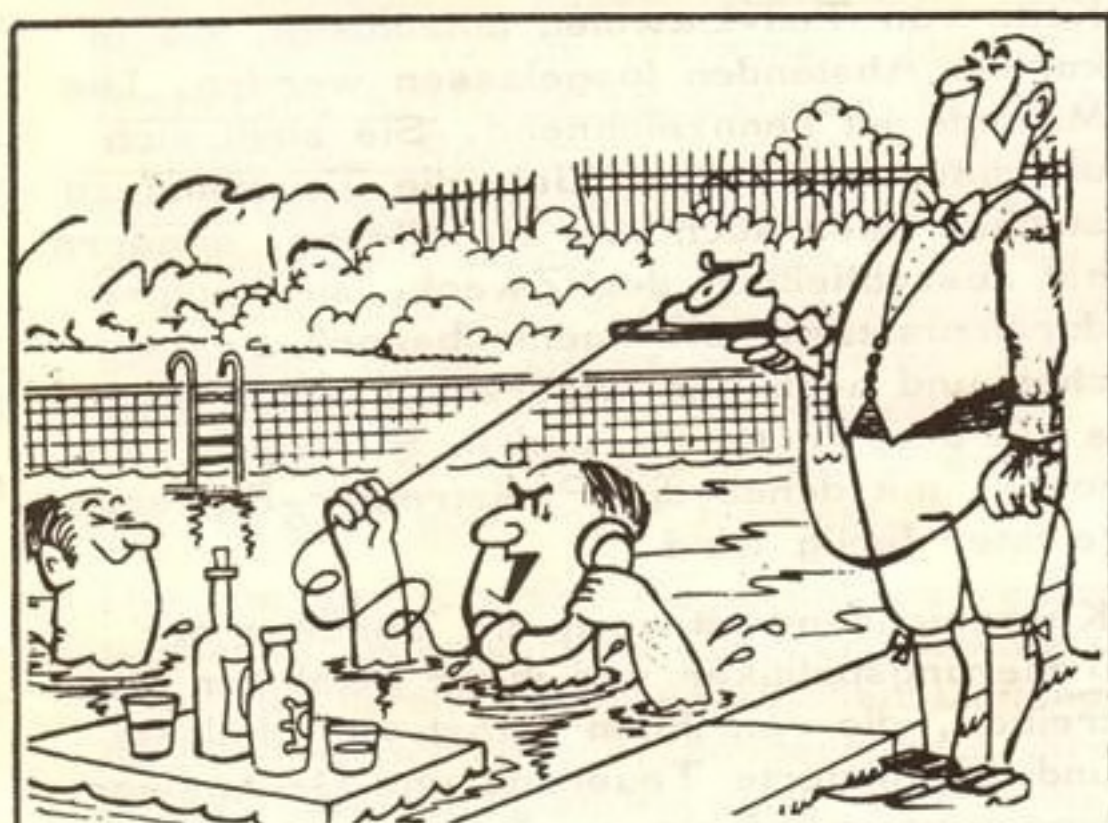
Heute sagen die Wirtschaftsexperten der Regierung für das begonnene Jahr eine weitere durchschnittliche Teuerung von 7,5 % voraus. Sich auf die bösen Erfahrungen des vergangenen Jahres stützend, wird es sicher nicht an Stimmen mangeln, die den Verdacht äußern, auch daraus könnte das Doppelte, also 15 Prozent, werden. Kreisky und sein Team werden das zunächst natürlich empört dementieren, als lächerlich, demagogisch, jeder vernünftigen Grundlage entbehrend bezeichnen. Aber gibt es eine Garantie dafür, daß sie sich am Ende des heurigen Jahres nicht wieder rühmen werden: 15 Prozent Teuerung wurden befürchtet, tatsächlich sind es nur 14 Prozent geworden, "das ist doch wohl sicher ein Teilerfolg!"

Daß die Teuerung im heurigen Jahr weitergehen wird - und zwar in sehr großem Umfang weitergehen wird - ist sicher und wird auch von Kreisky und Co. nicht bestritten. Zu wesentlichen Teilen ist diese Teuerung ja längst vorprogrammiert und bis in das Jahr 1974 hinein terminmäßig festgelegt. Damit die mit Einführung der Mehrwertsteuer und mit der Eingliederung Österreichs in die sogenannten "Europäischen Gemeinschaften" verbundene Teuerungslawine keinen allzugroßen "Schock"

auslöst, haben sich Kreisky und seine Mitarbeiter bemüht, sie gewissermaßen in eine Kette von Teil-Lawinen aufzulösen, die in kurzen Abständen losgelassen werden. Die Methode ist kennzeichnend. Sie stellt sich überhaupt nicht zum Ziel, die Teuerung zu stoppen oder auch nur zu mildern, sondern hat ausschließlich den Zweck, sie leichter durchzusetzen, sie "genießbarer" zu machen und auch den Widerstand gegen sie aufzusplittern und in Portionen zu teilen, mit denen die Preistreiber-Regierung leichter fertig wird.

Kennzeichnend ist auch die Tendenz der Teuerungspolitik und ihrer gelahrten Zuträger, die von ihnen selbst verschuldete und organisierte Teuerung und Geldentwertung weitgehend als ein "psychologisches" Problem hinzustellen. Sie behaupten allen Ernstes, das "Preisklima" werde umso milder, je weniger von der Teuerung gesprochen werde, das Preisbarometer klettere aber sofort in die Höhe, wenn allzu viele Leute draufschauen und darüber reden. Man müßte lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre, daß selbst die dümmsten und primitivsten "Argumente" manchmal gutgläubige Abnehmer finden. Mit der Psychologie hat die Teuerung zwar schon irgendetwas zu tun, aber in einem ganz anderen Sinn. Das große Problem der Teuerungspolitik ist es nämlich, die Betroffenen, die Opfer, alle jene, auf deren Rücken sie ihre ausbeuterische Politik treiben, zu besänftigen und zu beschwichtigen, abzulenken und in Untätigkeit zu halten, ihnen ein X für ein U vorzumachen, indem man ihnen einredet, daß "Stillhalten" die beste Antwort auf die Teuerung sei, daß der wirkungsvollste Widerstand im Verzicht auf jeden Widerstand bestehe. Gelingt ein solches demagogisches Kunststück, dann haben die Teuerungspolitik freie Hand und können dem arbeitenden Volk noch größere Lasten aufbürden. Das ist die ganze Rolle der "Psychologie" in der Teuerungsfrage.

Ihre Beschwörungen, die Arbeiter sollten um jeden Preis - und bei jedem Preis - "stillhalten", begründen die Unternehmer, die Kreisky-Regierung und die ÖGB-Führung mit der Behauptung, es geschehe ohnehin "alles Menschenmögliche" gegen die Teuerung. Aber buchstäblich alles, was die Regierung auf diesem Gebiet versprach, hat sie gebrochen; alle die "Maßnahmen" gegen die Teuerung, die sie groß angekündigte, haben sich als schändliches Theater erwiesen. Monatelang haben sie das Volk im vorigen Jahr mit der Behauptung betrogen, daß mit Einführung der Mehrwertsteuer zwar "gewisse Waren" teurer wür-



Was, streiken wollen die Brüder, wo uns doch das Wasser schon bis zum Hals steht?

den, andererseits aber eine umfangreiche Reihe von Waren billiger werden mußte. Aber wo sind denn nun die "billiger" gewordenen Waren? Wer Kreisky und seinem Team glaubte, konnte sich im Jänner mit dem Dichter sagen: "Wir haben vergebens gehofft und geharrt, man hat uns geäfft und gefoppt und genarrt!"

Kaum war der eine Schwindel geplatzt, folgte auch schon der nächste. Handelsminister Staribacher trat als der neueste "Preisdrücker" ins Rampenlicht und stellte eine ganze Armee von "Preiskontrolloren" und "Preisüberwachern" vor, die sich unter großem Propagandalärm in den "Kampf" warfen. "Mehr als 600 österreichische Polizisten und Gendarmen kämpfen seit sechs Wochen an der Preisfront", verkündete der "Kurier" am 21. Februar 1973 im Stile eines Frontberichts. Aber was kam bei dieser gewaltigen "Schlacht" heraus? Es geschah das Unvorstellbare: die ganze große Staribacher-Armee fand in Österreich praktisch keinen einzigen Preistreiber! "Laut Innenministerium gibt es so gut wie keine Anzeigen wegen überhöhter

Preise!", stellte der "Kurier" am Ende seines Reports über die Schlacht an der "Preisfront" fest und die gesamte bürgerliche und SP-Presse triumphierte im selben Sinn: "Die Firmen sind diszipliniert!" Von der Situation hoch befriedigt, beweihräucherte sich auch Finanzminister Androsch:

"Die Preisentwicklung beweist die Richtigkeit der getroffenen Stabilisierungsmaßnahmen!"

Eine Teuerung, die allein in einem Jahr ein Zwölftel des Geldwerts auffrißt und damit auch alle Löhne und Gehälter, Renten und Pensionen, Ersparnisse usw. um ein Zwölftel ihrer Kaufkraft beraubt - welch schöner "Beweis" von "Stabilität", welch grandiose Bestätigung der "Richtigkeit" der Regierungspolitik! Und wenn doch selbst die 600 amtlichen Preiskontrolloren nach 6-wöchiger angestrenzter Suche keine Preistreiber entdecken konnten - wer wollte da behaupten, daß es so etwas wie Preistreiber hierzulande überhaupt gibt?!

Schenkt man der offiziellen Lesart Glauben, so gibt es in Österreich "so gut wie keine" Preistreiber. Es gibt lediglich eine "Entwicklung" der Preise, an der jedoch niemand Schuld trägt, für die niemand verantwortlich ist - und an der darum auch niemand was ändern könne. Das Volk, dem es doch ohnedies "so gut geht", soll sich mit der Entwertung seiner Einkommen und Ersparnisse eben abfinden - punktum.

Gibt es somit keinen Anlaß zu Besorgnissen, keine Gefahren? Hört man die Reden und liest man die Artikel der Regierungspolitiker und der hinter ihnen stehenden großkapitalistischen Dirigenten, so erfahren wir, daß es für die österreichische "Wirtschaft", für die österreichische Währung und für das ganze österreichische Volk eigentlich bloß eine ernste "Gefahr" gebe, nämlich die, daß sich die Arbeiter nicht so "diszipliniert" verhalten wie angeblich die Unternehmer, daß sie auf das demnächst zu verlängernde "Stillhalteabkommen" der ÖGB-Führung mit den Unternehmerverbänden pfeifen und sich durch Erkämpfung höherer Löhne zumindest teilweise schadlos halten.

Hier kommt endlich die Katze aus dem Sack und wird deutlich, worum es in der ganzen Sache letzten Endes geht: um das Niedrighalten und womöglich noch weitere Beschneiden der Löhne und Arbeitseinkommen. Haargenau das ist der letzte Sinn, die höchste Weisheit und

das entscheidende Ziel aller bürgerlich-sozialdemokratischen "Wirtschaftswissenschaft" und "Regierungskunst". Hier tritt der kapitalistische Klassencharakter ihrer ganzen Politik unverhüllt zutage.

Das Märchen von der „Lohn-Preis-Spirale“

In der kapitalistischen Wirtschaft ist das Ziel der Produktion nicht die bestmögliche Befriedigung der Bedürfnisse der Volksmassen, sondern die Erzielung höchstmöglicher und immer weiter wachsender Profite. Das Kapital bedient sich dazu der verschiedensten Mittel und Methoden. Es kann den Ausbeutungsgrad der Arbeiter insbesondere erhöhen durch:

- 1) direkte Lohnsenkung,
- 2) Verlängerung des Arbeitstages,
- 3) Erhöhung des Tempos und der Produktivität der Arbeit, während die Löhne nicht oder nicht im selben Ausmaß steigen,
- 4) Preissteigerungen, das heißt durch die Abwertung der ausbezahlten Löhne, die nominell nicht oder nicht im Ausmaß der Teuerung erhöht werden.

In der Frühzeit des Kapitalismus hatten die Methoden 1) und 2) große Bedeutung, doch die sich entwickelnde Arbeiterbewegung verschloß weitgehend diese Möglichkeiten. Das Schwergewicht verlagerte sich daher auf die Methode 3) und schließlich, als es zur weitgehenden Verschmelzung zwischen Staat und Monopolkapital gekommen war, auf die Methode 4), die von den Massen am schwersten zu durchschauen und zu bekämpfen ist.

Heute wird der Mehrwert, den die Arbeiter produzieren und den die gesamte Kapitalistenklasse einschließlich ihres Staates einsteckt, vor allem dadurch erhöht, daß nicht nur der Löwenanteil der Früchte der höheren Intensität, Effektivität und Produktivität der Arbeit in die Taschen des Kapitals fließt, sondern die Arbeitskraft selbst nach einer Art von "abgleitendem Lohnschema" bezahlt wird, das heißt nach Normen, die infolge der Geldentwertung ununterbrochen tiefer rutschen, sodaß sogar bei einer Poli-

tik kontrollierter zeitweiliger Erhöhungen der Nominallöhne alle Möglichkeiten der Niedrighaltung, der relativen oder sogar absoluten Senkung der Reallohne bestehen.

Was können die Arbeiter dem entgegensetzen? Im Grunde nur eines: den Kampf um höhere Löhne! Wollen sie nicht ununterbrochen geprellt und betro-



FÜR IHRE FORDERUNGEN



streiken die **ÄRZTE**
demonstrieren die **LEHRER**
marschieren die **BAUERN**

...und die **ARBEITER ?**

gen werden, wollen sie ihren Lebensstandard auch nur halten, müssen sie zumindest Lohnerhöhungen im Ausmaß der wirklichen Teuerung (und nicht nur der amtlich zugegebenen!) durchsetzen. Wollen sie wenigstens einen gewissen Anteil an den Früchten der ständig steigenden Produktivität ihrer Arbeit, ihrer Mühe und ihres Fleißes haben, so müssen sie Lohnerhöhungen durchsetzen, die über das Ausmaß der wirklichen Teuerung hinausgehen! Tun sie das nicht, so heißt das, tatenlos zuzuschauen, wie die Werktätigen von einem immer größeren Sozialprodukt, das sie selbst - und ausschließlich sie selbst - erzeugen, einen relativ oder absolut immer kleineren Teil erhalten; oder anders ausgedrückt, daß die schmarotzerische Bande, die alle Kommandohöhen der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates in Händen hält, den Löwenanteil, den sie sich sowieso schon aneignet, relativ und absolut noch weiter vergrößern kann, sich also Ausmaß und Grad der Ausbeutung weiter verschärfen.

Die arbeitenden Menschen können nicht darauf warten, daß ihnen ihre Ausbeuter freiwillig mehr und immer mehr geben. Sie müssen sich im Kampf, im Klassenkampf ertrotzen, was sie fordern und worauf sie unbedingtes Anrecht haben. Die Arbeiter haben praktisch keine Möglichkeit, auf die Preise der Waren im allgemeinen Einfluß zu nehmen, sie können die Budget- und Steuerpolitik des kapitalistischen Staates, die Politik der Nationalbank, den Lauf der Notenpresse usw. nur sehr schwer und in engen Grenzen beeinflussen. Aber es gibt eine Ware, deren Preis unmittelbar von den Arbeitern selbst beeinflußt werden kann, den sie weitgehend selbst bestimmen können: das ist der Preis jener Ware, die sie selber anzubieten haben, der Preis der

"Ware Arbeitskraft", der Lohn! Erhöhen die Kapitalisten die Preise der Waren, die sie den Arbeitern verkaufen, erhöht der kapitalistische Staat die Steuern, Abgaben und Tarife - so haben die Arbeiter nicht nur das Recht (das haben sie sowieso!), sondern auch die verdammt Pflicht, die Pflicht gegenüber sich selbst, gegenüber ihrer Familie, gegenüber ihren Kindern, auch den Preis ihrer Arbeitskraft zumindest im gleichen Ausmaß und Tempo hinaufzusetzen und nicht "stillzuhalten", sondern sich dafür in einen energischen, bis zum Äußersten entschlossenen Kampf zu werfen!

Und dieser Kampf wird, wenn er nur entschieden genug aufgenommen und durchgeführt wird, unbedingt auch Erfolg haben! Die "Wirtschaft" ist im Kapitalismus ein vielgestaltiges, kompliziertes, anonymes Wesen, das schwer zu stellen und zu fassen ist, dem man kaum ein Ultimatum wird stellen können; der kapitalistische Staat ist eine riesenhafte, bestens organisierte Maschine, der die Arbeiter nur in gewaltigen, das ganze Land und die ganze Masse des arbeitenden Volkes erfassenden politischen Kampfbewegungen Zugeständnisse abringen können. Anders ist es im einzelnen Betrieb oder Betriebszweig. Dort stehen die Arbeiter unmittelbar ihrem Ausbeuter gegenüber, dort hat er Namen und Adresse, dort ist er direkt zu fassen und dort haben die Arbeiter das Übergewicht, weil dort sie den "Preis" diktieren können - noch weitgehender, als das die Kapitalisten auf dem Markt können, vor allem dann, wenn den Arbeitenden keine große Armee von Arbeitslosen Konkurrenz macht und wirtschaftliche Konjunktur herrscht. Dort genügt es schon, wenn die Arbeiter dieses einen oder einiger wichtiger Betriebe der betreffenden Branche einig und kampftentschlossen sind, dort ge-

nügt schon ihre Übereinstimmung in einer einfachen wirtschaftlichen Tagesfrage, um die Arbeiter faktisch zu Herren der Situation zu machen.

Ist es also nicht klar, daß die Arbeiter insbesondere an dieser Front, zunächst und vor allem an dieser Front, den Kampf zu führen haben, wenn sie nicht immer jene Letzten sein wollen, die dem Sprichwort gemäß von den Hunden gebissen werden? Und ist es nicht ebenso sonnenklar, daß die Unternehmer und der kapitalistische Staat daher nichts so sehr fürchten wie eben diesen Kampf der Arbeiter in den Betrieben?

Die Benya und Co., die ganze Gewerkschaftsbürokratie im ÖGB wagt heute eigentlich garnicht zu bestreiten, daß die Arbeiter durch entsprechende Kampfmaßnahmen in den Betrieben rasch sehr bedeutende Lohnerhöhungen durchsetzen könnten. Doch im Chor mit allen Advokaten des Großkapitals wenden sie ein, daß Lohnerhöhungen "leider" nur neue und noch größere Preisauftriebenden auslösten, die Inflation "anheizen" und somit den Arbeitern nicht nur nichts nützen, sondern vielleicht sogar Schaden bringen würden. Dieses "Argument" ist so alt wie die kapitalistische Ausbeutung selbst und es ist durch und durch falsch. Schon vor rund 130 Jahren hatte der Bourgeois-"Sozialist" Proudhon in seinem Buch "Philosophie des Elends" behauptet, Lohnerhöhungen müßten zwangs-

läufig zu allgemeinen Preiserhöhungen führen - das sei ebenso sicher wie 2x2 vier ist. Karl Marx antwortete darauf in seiner Schrift "Das Elend der Philosophie", daß er alle solche Behauptungen bestreite, ausgenommen die, daß 2x2 vier ist. 1865 war es ein Mann namens John Weston, der den Arbeitern die Mär von der "Lohn-Preis-Spirale" aufschwätzen wollte. Marx reagierte darauf mit den beiden berühmten Vorträgen über "Lohn, Preis und Profit", in denen die ganze Unsinnigkeit und Verlogenheit einer solchen Behauptung von allen Seiten her bewiesen wird. Doch nicht nur die ökonomische Wissenschaft, sondern das Leben selbst hat in den seither vergangenen mehr als 100 Jahren tausendfach die Unhaltbarkeit der Behauptung von der "Lohn-Preis-Spirale" erwiesen. Bestünde nämlich zwischen Löhnen und Preisen ein direkter, starrer Zusammenhang, dann hätten sämtliche Lohnkämpfe dieser mehr als 100 Jahre keinerlei Sinn gehabt, dann wäre auch die gewerkschaftliche Bewegung zum Großteil unsinnig und ein grotesker Irrtum gewesen! Dann wäre es aber auch völlig überflüssig gewesen, daß sich die Unternehmer gegen jede Lohnforderung mit Händen und Füßen sträuben und weiter sträuben! Löhne und Preise sind eben nicht direkt miteinander gekoppelt, sie hängen nicht unmittelbar zusammen, sondern es gibt etwas zwischen ihnen, von dem die Kapitalisten und ihre Helfershelfer zwar gerne schweigen, das aber dennoch eine zentrale Rolle spielt: den

GEDANKEN BEIM BETRACHTEN EINER KARIKATUR AUS DER UNTERNEHMER-"PRESSE"

Die nebenstehende Karikatur stammt aus der Unternehmer-Zeitung "PRESSE", soll also offenbar der bürgerlichen Propaganda vom Lohn, der "die Preise vorwärts-treibt", dienen. Dennoch fallen bei genauerer Betrachtung einige Tatsachen in die Augen:

- 1) Der Lohn ist hinter der Preiskatze eindeutig zurückgeblieben.
- 2) Gelingt es Androsch mit seiner (wahrscheinlich von den Unternehmern gelieferten) Schallplatte und seinem Fangeisen (sicherlich Benya-Sallinger-Abkommen) den Lohn-Hund bzw. Hundelohn auch noch zu stoppen, so wird der Vorsprung der Preiskatze noch größer werden. Sogar wenn beide, Hund und Katze, zum Stehen gebracht würden (was in Wirklichkeit nicht vorgesehen ist, da Androsch nur ein Fangeisen

mitgebracht hat), bliebe der Rückstand der Löhne erhalten.

- 3) Würde der Lohnhund endlich seine Zähne gebrauchen, könnte er der Preiskatze immerhin ein Stück abbeißen und das verfluchte Vieh vielleicht sogar am Balg erwischen.



Mehrwert, den Profit! Dieses wesentliche "Zwischenglied" zwischen Betrieb und Markt, zwischen Löhnen und Preisen, macht verständlich, daß sich Preisveränderungen durchaus nicht zwangsläufig in Lohnveränderungen, aber auch Lohnveränderungen durchaus nicht zwangsläufig in Preisveränderungen niederschlagen. Auch wenn es bei oberflächlicher Betrachtung anders scheinen mag, können die Kapitalisten und ihr Staat mit den Preisen keineswegs beliebig umspringen, sondern diktiert das Wertgesetz, das sich auf dem Umweg über die innere und äußere Konkurrenz auch heutzutage immer wieder durchsetzt. Auch für die vom kapitalistischen Staat gelenkte Inflation gibt es Grenzen, über die er nicht hinauskann, wenn er nicht sein ganzes Ausbeutungssystem gefährden will. Lohnerhöhungen bedeuten daher nicht einfach weitere Teuerung, sondern unmittelbar Schmälerung des Profits der Kapitalisten! Selbstverständlich versuchen diese mit allen Mitteln, sich alles das, was sie durch Lohnerhöhungen an Profit eingebüßt haben - und womöglich noch mehr - schnellstens wieder zu holen, aber erstens ist das für sie durchaus nicht immer möglich und brauchen sie dazu zweitens zumindest einige Zeit. Tatsächlich versuchen die Kapitalisten ja immer und überall, ein Maximum an Profiten für sich herauszuholen, ob die Arbeiter nun höhere Löhne durchsetzen oder nicht. Wenn die Arbeiter "stillhalten", dann halten wohl die Löhne still, aber es heißt bekanntlich ganz und garnicht, daß auch die Preise stehenbleiben. Halten die Arbeiter aber nicht still, sondern erkämpfen höhere Löhne, so heißt das umgekehrt wieder noch lange nicht, daß automatisch auch die Preise steigen müssen, es heißt lediglich, daß zunächst einmal der Profit beschnitten wird. Wäre es anders, dann würde kein Kapitalist was gegen allgemeine Lohnerhöhungen einzuwenden haben und keine ÖVP- oder SPÖ-Regierung würde sich um den "Nachweis" erhitzen, daß das für die "Wirtschaft" Allerschlimmste und Allergefährlichste ein massiver Kampf der Arbeiter um höhere Löhne sei.

Also ist richtig und bleibt richtig, was der Marxismus und was die praktische Erfahrung die Arbeiter seit mehr als einem Jahrhundert lehren:

Teuerung bedeutet verschärfte Ausbeutung. Die Arbeiter haben dagegen bloß ein wirkungsvolles Mittel, den Kampf um höheren Lohn. Auf dieses Mittel zu verzichten, heißt sich mit der verschärften Ausbeutung wider-

standslos abzufinden, es heißt außerdem, das Heranreifen der kapitalistischen Krise zu beschleunigen, deren direkte Ursache in der wachsenden Kluft zwischen der steigenden Produktion und der zurückbleibenden kaufkräftigen Nachfrage liegt. Der entschlossene Kampf um höhere Löhne ist für die Arbeiterklasse unerläßlich und unersetzbar. Ihn erfordern nicht nur ihre wirtschaftlichen Tagesinteressen, sondern auch ihre langfristigen, politischen Interessen - das Interesse, sich kampffähig zu machen, um eines Tages das ganze räuberische System des Lohndrucks und der Teuerung, der kapitalistischen Ausbeutung überhaupt, zum Teufel zu werfen.

Kommen SIE mit Ihrem Wirtschaftsgeld aus.

Frau BENYA ?

Was verdienen eigentlich jene Politiker, die dem arbeitenden Volk nicht nur eine saftige Teuerung beschert haben, sondern auch noch verlangen, es müsse auf Lohnforderungen verzichten, um die "Wirtschaft" nicht zu gefährden? Die betreffenden Herren sprechen darüber nicht und es ist fast unmöglich, exakte Auskunft zu bekommen. Die Zahlen, die ab und zu genannt werden, sind meist viel zu niedrig, was sich sofort herausstellt, wenn man sie mit den entsprechenden Budgetposten vergleicht.

Nehmen wir z. Bsp. die im Budget für 1973 bereitgestellten Gelder für die Gehälter der 16 Regierungsmitglieder. Waren dafür 1971 noch 8,2 Millionen S vorgesehen und 1972 10,1 Millionen, so sind es heuer 18,5 Millionen S. Das heißt, daß sich die Minister der Kreisky-Regierung vom vorigen auf das heurige Jahr eine Gehaltserhöhung von 83 Prozent verschafft haben und jeder von ihnen durchschnittlich 1,150.000 S pro Jahr verdient. Da dazu noch Repräsentationskosten und gewisse Zulagen kommen, die in anderen Budgetziffern versteckt sind, ergibt sich ein monatliches Durchschnittseinkommen von rund 100.000 Schilling, wobei Bundeskanzler und Vizekanzler natürlich über diesem Durchschnitt liegen. (Daß die Politiker jetzt aber von ihren Bezügen Steuer zahlen müssen, ist eine Augenauswischerei. Die Besteuerung betrifft nämlich nur einen kleinen Teil ihrer Bezüge, ist daher relativ lächerlich gering.)

Auch bei ihren Pensionen sind die Herren nicht kleinlich. Allein für ehemalige Minister sind dafür heuer 23,400.000 S vorgesehen, das ist gegenüber dem vorigen Jahr (12,4 Mio) fast eine Verdoppelung!

Was steckt ein einfacher Nationalrat ein? Offiziell spricht man von 29.000 S pro Monat, es kommen jedoch noch einige "Kleinigkeiten" hinzu. Die Gehaltserhöhung, die sich die Abgeordneten vom vorigen auf das heurige Jahr selbst bewilligt haben, beträgt 55 Prozent und laut Budget werden heuer an 183 Nationalräte 82,7 Millionen S Gehälter ausbezahlt werden. Das ist ein Durchschnitt von mehr als 450.000 S pro Kopf, oder etwa 38.000 S pro Monat. Einige Herren verdienen natürlich wesentlich mehr, so z. Bsp. kassiert ÖGB-Präsident Benya allein als Präsident des Nationalrates S 68.700 vierzehnmals jährlich!

Der Verlauf der Revolution und die „linken“ Phrasen der Trotzlisten

Schon seit langem besteht einer der Wesenszüge des Trotzismus darin, mit Hilfe ultralinken, scheinbar äußerst radikaler Phrasen und Losungen die revolutionären Kräfte zu verwirren, zu spalten und vom richtigen Weg der Revolution abzubringen. In der Vietnam-Frage wird dieser Versuch nun neuerlich deutlich, wobei die trotzkistischen Gruppen in allen Ländern plötzlich wie auf ein Kommando dieselben "Argumente" in die Diskussion werfen. Mit einer Frechheit, die nur noch von ihrer Ignoranz übertroffen wird, bezeichnen sie die Haltung der Demokratischen Regierung Vietnams und der Südvietnamesischen Nationalen Befreiungsfront, wie sie in ihrem Pariser Waffenstillstandsverhandlungen zugrundeliegenden Sieben-Punkte-Vorschlag zum Ausdruck kommt, als "Verrat an der proletarischen Revolution" in Vietnam und als "Ausverkauf der leninschen revolutionären Prinzipien".

Zu dieser Verleumdung bedienen sich die Trotzlisten der Tatsache, daß das vietnamesische Volk im Süden seines Landes die Durchführung einer proletarischen Revolution und die Errichtung eines Staates der Diktatur des Proletariats gegenwärtig nicht auf die Tagesordnung stellt, sondern nach wie vor die national-demokratischen Aufgaben, nämlich die nationale Befreiung des Landes aus dem Würgegriff der US-Imperialisten und seiner Agenten, die Beseitigung des faschistischen Thieu-Regimes, die Erhaltung demokratischer Rechte und Freiheiten für das Volk sowie die Wiedervereinigung des gespaltenen Landes als strategische Hauptaufgabe betrachtet, deren Lösung erst die entscheidende Voraussetzung dafür ist, an die proletarische Revolution heranzukommen, also von der national-demokratischen Phase der Revolution zur Phase der sozialistischen Revolution vorwärtsschreiten zu können.

Schon bei Marx und Engels findet sich bekanntlich die klare Unterscheidung zwischen bürgerlich-demokratischer und sozialistischer Revolution, wobei Marx schon im Jahre 1848 mit der Möglichkeit rechnete, die bürgerlich-demokratische Revolution könnte unter bestimmten Bedingungen in eine proletarische hinüberwachsen, das heißt, sie könnte nach erfolgreicher Lösung der wesentlichsten Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution in eine neue, höhere Etappe treten, in der schon Aufgaben der proletarischen, der sozialistischen Revolution in Angriff genommen werden könnten. Daß eine solche Möglichkeit damals nicht Wirklichkeit werden konnte, lag vor allem daran, daß die hiesige Bourgeoisie ihre revolutionären Potenzen bereits so sehr eingebüßt hatte, daß sie nicht einmal zu einer konsequenten bürgerlich-demokratischen Revolution fähig war, während das Proletariat noch zu schwach war, um die Führung übernehmen zu können.

Lenin hat die Überlegungen von Marx und Engels später weiterentwickelt und der Verlauf der russischen Revolution von 1917 hat seine Vorhersagen in glänzender Weise bestätigt: Die Entwicklung der Revolution durchlief zwei verschiedene, deutlich vonein-

ander unterscheidbare, aber auch eng miteinander zusammenhängende Phasen, die Phase der bürgerlich-demokratischen und die Phase der proletarischen Revolution; die erfolgreiche Erfüllung der Aufgaben der ersten Phase gab der Revolution die Möglichkeit, in ihre zweite, höhere Phase hinüberzuwachsen.

Im Ausgang des Zweiten Weltkriegs hatten wir in den volksdemokratischen Ländern eine in vieler Beziehung ähnliche Situation: die dortige Revolution bewegte sich zunächst in einem Rahmen, in dem vor allem die bis dahin ungelöst gebliebenen Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution erfüllt wurden (Erringung der nationalen Unabhängigkeit und in Verbindung damit Nationalisierung der Grund-Industrie, Zerschlagung der feudalen Überreste, Bodenreform, Verwirklichung grundlegender politischer Rechte und Freiheiten für die werktätigen Massen usw.) Der volksdemokratische Staat, wie er in dieser ersten Etappe existierte, konnte als "revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern" qualifiziert werden, war also noch kein Staat der Diktatur des Proletariats.

Den Aufgaben nach, welche sich die volksdemokratische Revolution in dieser Zeit stellte, gehörte sie eindeutig zum Typ der bürgerlich-demokratischen Revolution, aber ihren Möglichkeiten nach unterschied sie sich von den früheren Revolutionen dieser Art bereits beträchtlich - vor allem, weil ganz andere führende Kräfte in ihr wirksam waren. Während nämlich die klassischen bürgerlich-demokratischen Revolutionen naturgemäß unter Führung der nationalen Bourgeoisie standen, standen die volksdemokratischen Revolutionen im Ausgang des Zweiten Weltkriegs schon unter Führung des Proletariats mit einer marxistisch-leninistischen Partei an dessen Spitze. Dieser wesentliche Umstand ändert zwar an und für sich noch nichts am Charakter der Revolution, der vor ihr stehenden Aufgaben und Probleme, aber er gibt ihr unschätzbare Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven. Die führende Rolle des Proletariats mit einer marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze in einer Revolution des bürgerlich-demokratischen Typs gibt die Möglichkeit:

erstens, die bürgerlich-demokratische Revolution unvergleichlich konsequenter durchzuführen als es unter Führung der nationalen Bourgeoisie jemals möglich war, da diese ihrer Natur als Ausbeuterklasse entsprechend immer zu Kompromissen mit der feudalen Reaktion und ausländischen Mächten neigte,

zweitens, die Lösung einzelner Aufgaben der sozialen Revolution bereits in der bürgerlich-demokratischen Phase der Revolution anzubahnen oder sogar vorwegzunehmen,

drittens, innerhalb der kürzestmöglichen Frist von der ersten zur zweiten Phase der Revolution vorwärtzuschreiten, das heißt, die Revolution des bürgerlich-demokratischen Typs in die proletari-



sche, sozialistische Revolution hinüberwachsen zu lassen.

In den meisten Ländern, in denen gegen Ende des Zweiten Weltkriegs volksdemokratische Revolutionen stattgefunden hatten, war es erst in den Jahren 1948 und 1949 so weit, daß diese Revolution auf breiter Front in ihre zweite, höhere Etappe treten konnte, was sich politisch in der Proklamierung der Diktatur des Proletariats und wirtschaftlich im Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen in Stadt und Land dokumentierte (Beseitigung des kapitalistischen Sektors in der Industrie und im Großhandel, Kollektivisierung der Landwirtschaft, Einführung genossenschaftlicher Produktionsformen im Kleinhandel und im Kleingewerbe usw.).

Nur in Albanien fielen die beiden Phasen der Revolution auf Grund verschiedener Besonderheiten wesentlich enger zusammen als in den anderen volksdemokratischen Ländern, blieben aber auch hier deutlich unterscheidbar. (Siehe dazu den in Nummer 139 der "Roten Fahne" wiedergegebenen grundsätzlichen Artikel des Genossen Ndreci Plasari.)

Nicht grundsätzlich anders verlief auch die Revolution in China, obgleich die Entwicklung dort durch das besonders weitgehende Vorherrschen vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse, durch den besonders geringen Grad der Industrialisierung und die damit verbundene zahlenmäßige Schwäche des Proletariats, durch die Folgen jahrhundertelanger kolonialer und halbkolonialer Ausbeutung usw. natürlich be-

Ein typisches Produkt des Trotzismus

Im Zusammenhang mit den beiden jüngsten Vietnam-Demonstrationen in Wien, an denen sich - von allen anderen Pseudolinken auffallend protegiert - auch die hiesigen trotzkistischen Grüppchen beteiligten, verbreitete eines davon auch ein "Vietnam-Flugblatt", das über die Rolle des Trotzismus mehr aussagt, als manchen seiner Vertreter lieb sein dürfte.

In dem sich programmatisch gebenden Flugblatt, das unter dem Motto steht "Für den Sieg der proletarischen Revolution in Indochina!", wird zum Waffenstillstand in Vietnam und zu der Bildung einer Koalitionsregierung anstelle des Thieu-Regimes in Südvietnam (wie das Pariser Abkommen es vorsieht) folgendes erklärt:

"Dies soll nun das Ergebnis jahrzehntelangen revolutionären Kampfes in Vietnam sein? Dies soll ein gewaltiger Sieg für die Weltrevolution sein, wie Stalinisten und Zentristen herbeten? Kein Wort von Arbeiterräten! Kein Wort von der Landaufteilung!"

Nach wilden Ausfällen gegen angebliche Erklärungen des nordvietnamesischen Ministerpräsidenten, des "Stalinisten Pham Van Dong", gegen "das metaphysische Geschwätz des Bürokraten Maotsetung", gegen alle "Leute, die blind gegenüber allen Erfahrungen des Klassenkampfes sind" und die nun angeblich den Massen gegenüber "intensive stalino-menschewistische Gehirnwäsche" betreiben usw.usf. verkündet das Flugblatt die trotzkistische "Theorie" des Verzichtes, ja der grundsätzlichen Ablehnung aller Bundesgenossen des Proletariats in folgender Weise:

"Immer wieder predigen diese Leute den 'nationalen Zusammenschluß' gegen den 'imperialistischen Aggressor' und praktizieren die verrottetsten Bündnisse... Immer wieder stellen sie damit ihre völlige Unbelehrbarkeit zur Schau... Ihre Fetischisierung der Bauern ist nicht einmal durch Peter Rosegger zu übertreffen; dabei sind sie blind gegen den kleinbürgerlichen Charakter der Bauernschaft."

Maotsetung habe - so phantasiert das trotzkistische Flugblatt - sogar erklärt, gegenüber dem "Hauptfeind der Völker", dem US-Imperialismus, seien alle anderen Kapitalisten und Imperialisten "wahre Volksfreunde" und "ideale Bündnispartner"!

Eine "demokratische oder nationale Befreiungsrevolution", so heißt es weiter, verheiße "der Bourgeoisie eine Vertiefung oder Verbreiterung der Ausbeutungsmöglichkeiten" - weshalb die Trotzisten mit einer solchen Lösung nichts zu tun haben wollen.

Über den Volkskrieg in Vietnam heißt es nach einigen üblen Taschenspielertricks, die beweisen sollen, daß die vietnamesischen Genossen für das Kapital "die besten Ordnungshüter" seien (bessere als Thieu, meinen die Verfasser!), wortwörtlich:

"Das ist die Tatsache des 'Volkskriegs'! Der Krieg gegen und die Entwaffnung des Volkes! Der Schutz der Großgrundbesitzer vor den armen Bauern! Um diese konterrevolutionäre Politik reibungslos durchzusetzen, mußten natürlich alle klassenbewußten Kräfte der Arbeiterklasse, voran die Trotzisten, beseitigt werden: als am 25.8.1945 Vietminh-Verbände Saigon besetzten, wurden die trotzkistischen Führer der unbotmäßigen Volkskomitees verhaftet und anschließend liquidiert. Damit stellen die Stalinisten klar, wen sie als gefährlichsten Feind ihres privilegierten Schmarotzerdaseins betrachten..."

Den Trotzisten zufolge bedeutet die in Südvietnam beabsichtigte Ersetzung des faschistischen Thieu-Regimes durch eine aus drei gleichberechtigten politischen Gruppen gebildete Koalitionsregierung "eine Auslieferung der Revolution an die Bourgeoisie". Das werde zur Folge haben, daß sich die Bauern "in ihrer Verzweiflung dem Faschismus in die Arme werfen", worauf "physische Vernichtung der Avantgarde, restlose Zerschlagung aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Klasse" zu gewärtigen sei.

"Das zahlenmäßig schwache und politisch von den Stalinisten fast zerstörte Proletariat Vietnams wird dem nicht entgegen treten können", heißt es schließlich.

Ist in Vietnam nun also endgültig alles verloren? Noch nicht ganz. Die Trotzisten lassen uns immerhin noch eine Hoffnung: in erster Linie sich selber, den "Aufbau einer klaren und bewußten Führung" in Vietnam durch solche "ernste Revolutionäre", wie es die Flugblatt-Verfasser sind. In zweiter Linie könnte die Rettung durch das gemeinsame Eingreifen jener Regierungen zwischen Belgrad und Moskau erfolgen, die von den grundsätzlich über alle Kompromisse erhabenen trotzkistischen Ultrarevolutionären merkwürdigerweise als "Arbeiterrstaaten" bezeichnet werden. So gipfelt das trotzkistische Vietnam-Credo denn auch in Losungen wie:

"EINHEITSFRONT DER ARBEITERSTAATEN!"

"SCHLUSS MIT DEN VOLKSKRIEGSILLUSIONEN!"

"TOD DEM STALINISMUS!"

"FÜR DIE VIETNAMESISCHE RÄTEREPUBLIK!"

★

Vielleicht mag jemand einwenden, daß wir dem trotzkistischen Vietnam-Flugblatt - noch dazu dem offenbar blödesten seiner Art - allzuviel Ehre erweisen, wenn wir ihm Beachtung schenken. Wir halten einen solchen Einwand für unrichtig. Erstens ist dieses Flugblatt gerade wegen seiner so primitiven Art ein ausgezeichnetes Lehrbeispiel und Demonstrationsobjekt trotzkistischer Politik. Zweitens aber darf man nicht übersehen, daß die Spekulation mit der Unwissenheit und Unerfahrenheit, das demagogische Looken mit scheinbar superrevolutionären, "allerlinkesten" Phrasen besonders dann eine sehr ernstzunehmende Gefahr werden kann, wenn die sich entwickelnde revolutionäre Bewegung noch sehr jung, relativ unerfahren und noch wenig massenverbunden ist, wenn die revolutionäre Bewegung der Jugend und der Studenten der kämpferischen Arbeiterbewegung scheinbar voran- und vorausläuft und die ideologische Reife und theoretische Klarheit der ganzen Bewegung noch sehr geringes Entwicklungsniveau aufweisen.

sonders nachhaltig beeinflusst wurde. Was Genosse Maotsetung als "neu-demokratische Revolution" und als "Diktatur der Volksdemokratie" in China bezeichnete, war im Grunde zunächst nichts anderes als eben jene erste Phase der Revolution, in der die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Partei zwar die führende Kraft darstellen, aber im großen und ganzen Aufgaben gelöst werden müssen, die ihrem Wesen nach zu den Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zählen. Erst nachdem diese Etappe erfolgreich durchlaufen und ihre Aufgaben im wesentlichen bewältigt waren, was in China etwa bis Mitte der Fünfzigerjahre dauerte, konnte dort unmittelbar die Durchführung der sozialistischen Revolution in Angriff genommen werden. Erst jetzt verwandelte sich der Staat der "demokratischen Diktatur des Volkes, die vom Proletariat geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht" (Maotsetung) in einen Staat der Diktatur des Proletariats, begann auf breiter Front die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in Stadt und Land. Und selbst das schließt leider noch nicht die Notwendigkeit aus, daß sich die Gesellschaft auf einzelnen Gebieten bis heute noch mit der Lösung von Problemen beschäftigen muß, die in den industriell entwickelten Ländern längst bewältigt wurden - wenn auch auf dem Rücken der arbeitenden Massen, in der Ausbeuterordnung entsprechenden Formen und letztlich auch im Interesse dieser Ausbeuter.

Überall in der Welt - und hier bildet buchstäblich kein einziges Land eine Ausnahme - durchlief die Revolution verschiedene Etappen und Phasen und auch in Zukunft wird das wohl so bleiben. In den wirtschaftlich zurückgebliebenen und abhängigen Ländern, insbesondere in den Ländern der sogenannten "Dritten Welt", wird es auch weiterhin zwei Hauptphasen der Revolution geben: 1.) die Phase der national-demokratischen, antifaschistischen und antiimperialistischen Revolution, die häufig auch als volksdemokratische oder neu-demokratische Revolution bezeichnet wird, die ihrem Wesen nach zum Typ der bürgerlich-demokratischen Revolution gehört und deren Staat dem Typ der "revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern" entspricht, und 2.) die Phase der proletarischen, sozialistischen Revolution, die erst nach erfolgreicher Absolvierung der ersten Phase möglich ist und deren Staat nur ein Staat der Diktatur des Proletariats sein kann.

In den industriell hochentwickelten Ländern, die ihre bürgerlich-demokratischen Revolutionen längst hinter sich haben und nicht nur selbst unabhängig sind, sondern sogar gewaltige Profite aus der politischen Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausbeutung anderer Länder ziehen, sind die Bedingungen natürlich etwas anders. Tritt dort eine revolutionäre Situation ein, so tritt unmittelbar die proletarische, die sozialistische Revolution auf die Tagesordnung, wird es unmittelbar um die Ersetzung des Staates der Diktatur der Bourgeoisie durch einen Staat der Diktatur des Proletariats gehen. Das heißt keineswegs, daß das Proletariat in diesen Ländern zur erfolgreichen Durchführung der Revolution keine Bundesgenossen braucht, doch wird es sowohl in deren Zusammensetzung als auch in deren politischem Gewicht wesentliche Unterschiede gegenüber den wirtschaftlich zurückgebliebenen und abhängigen Ländern geben. Dieses Problem muß in jedem

einzelnen Land konkret untersucht und gemäß den an Ort und Stelle herrschenden realen Verhältnissen gelöst werden; es wäre völlig unsinnig und in den Folgen katastrophal, wollte man diesbezüglich alle Länder einfach über einen Kamm scheren. Außer Diskussion steht freilich, daß sich das Proletariat auch in diesen Ländern eng mit der Masse der kleinen Bauern verbünden muß, daß es entscheidene Teile der unteren Mittelbauern, der Kleinbourgeoisie, der kleinen Gewerbetreibenden usw. für die Revolution gewinnen muß, daß es eine möglichst breite revolutionäre Volksfront bilden muß, daß es verstehen muß, die oberen Mittelbauern und die mittlere Bourgeoisie zu neutralisieren usw. Aber da in diesen Ländern die Arbeiterklasse die überwältigende Mehrheit des werktätigen Volkes, ja des Volkes überhaupt bildet, wird hier das Problem der kämpferischen Arbeitereinheit zur zentralen Frage werden und wird mit der erfolgreichen Lösung dieses Problems auch die Lösung des Problems der Bundesgenossen des Proletariats außerordentlich erleichtert werden.

Es scheint angebracht, in diesem Zusammenhang neuerlich zu unterstreichen, was Lenin und Stalin immer wieder hervorgehoben haben, nämlich daß ohne vorherige Gewinnung der gewaltigen Mehrheit des Proletariats, das heißt ohne die vorherige vernichtende Niederlage des Opportunismus, Reformismus und Revisionismus in der Arbeiterbewegung, ohne die wirkliche, ideologische und organisatorisch-praktische Führung der Massen des Proletariats durch eine marxistisch-leninistische Partei,

Radio Tirana

berichtete in seiner Sendung vom 5. März 1973 über die Lage der österreichischen Arbeiterklasse am Beginn des neuen Jahres und über die diesbezügliche Einschätzung und Aufgabenstellung durch die MLPÖ. Die Sendung stützte sich auf den in Nr. 137 der "Roten Fahne" veröffentlichten Artikel "Die Waffen schärfen! Organisieren! Entschlossen den Kampf aufnehmen!", den sie in seinen wichtigsten Teilen zitierte. Die Sendung, die eine wertvolle Unterstützung des Kampfes der MLPÖ und der "Roten Fahne" darstellte, schloß unter den Klängen des international bekannten Kampfliedes der Wiener Arbeiter:

"Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt,
wir sind der Sämann, die Saat und das Feld.
Wir sind die Schnitter der kommenden Mahd.
Wir sind die Zukunft und wir sind die Tat.

So flieg, du flammende,
du rote Fahne,
voran dem Wege, den wir ziehn!
Wir sind der Zukunft getreue Kämpfer,
wir sind die Arbeiter von Wien!"

von der erfolgreichen Errichtung und Erhaltung der Diktatur des Proletariats keine Rede sein kann.

Die Möglichkeit, die Errichtung der Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung setzen zu können, hängt somit nicht bloß davon ab, ob diese Losung den objektiven Bedingungen des betreffenden Landes entspricht, sondern auch davon, ob die subjektiven Voraussetzungen dazu schon gegeben sind. Die objektiven Voraussetzungen der Errichtung der Diktatur des Proletariats mögen hundertmal gegeben sein – wenn aber die Arbeiterklasse eines Landes das Gängelband der opportunistischen, reformistischen und revisionistischen Parteien noch nicht abgeschüttelt hat und die marxistisch-leninistische Partei erst eine winzige Minderheit des Proletariats tatsächlich zu führen vermag, von der großen Masse der Arbeiterschaft aber noch isoliert ist – woher sollte denn da eine Diktatur des Proletariats kommen? *)

Weiters darf man auch nicht außer Acht lassen, daß das Monopolkapital in den industriell hochentwickelten Ländern, je mehr es das Heranreifen einer proletarischen Revolution fürchtet, versuchen wird, von seinen bürgerlich-demokratischen zu faschistischen Herrschaftsformen überzugehen. Gelingt ihm das, so tritt ein Rückfall in Bedingungen ein, in denen wichtige Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution, die früher schon erfüllt waren, neuerlich – wenn auch unter geänderten Verhältnissen – gelöst werden müssen. Es ist naheliegend, anzunehmen, daß in einer solchen Situation auch in einem industriell hochentwickelten Land die Revolution als demokratische, antifaschistische und antiimperialistische Revolution beginnen kann, sich also nicht unmittelbar das Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats stellen muß.

Alles das mag im ersten Moment etwas kompliziert erscheinen und ist tatsächlich nicht einfach. Die Beantwortung und Lösung dieser Fragen erfordert daher in jedem Land und in jeder einzelnen Entwicklungsetappe des betreffenden Landes konkrete marxistisch-leninistische Analysen, die gründliche Kenntnis der örtlichen und zeitlichen Bedingungen, reiche praktische Erfahrungen und profunde Beherrschung des wissenschaftlichen Rüstzeugs des Marxismus-Leninismus erfordern.

*) Der schamlose Verrat der modernen Revisionisten am Marxismus-Leninismus und an aller revolutionären Politik kam und kommt in ihrer Haltung zur Frage der Diktatur des Proletariats besonders deutlich zum Ausdruck. Daher nahm dieses Problem in der internationalen Polemik gegen den modernen Revisionismus breiten Raum ein und wurde das uneingeschränkte Bekenntnis zur historischen Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats sowie zu ihrer weiteren Erhaltung und Festigung nach der siegreichen proletarischen Revolution (bis zur Verwirklichung der entwickelten kommunistischen Gesellschaft) ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der Marxisten-Leninisten von den Revisionisten aller Sorten. Es wäre jedoch kompletter Unsinn, dieses grundsätzliche Bekenntnis so aufzufassen, als müßten echte Marxisten-Leninisten und wahre Revolutionäre zu jeder Zeit und in jeder Situation die Errichtung der Diktatur des Proletariats fordern. Man ist kein Marxist, wenn man die historische Notwendigkeit der Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats leugnet. Man ist aber auch dann keiner, wenn man einfach bei jeder Gelegenheit diese Losung ausgibt – unabhängig von Ort und Zeit, von objektiven und subjektiven Bedingungen. (Anmerkung der Redaktion).

Die Trotzlisten sind indes ganz anderer Ansicht. Für sie ist alles höchst einfach. Für diese "Super-Revolutionäre" gibt es keine Entwicklungsetappen mehr, sie lösen jetzt überall sämtliche revolutionäre Aufgaben auf einmal. Im Zeitalter der Mondfahrt interessiert sie kein Unterschied zwischen hochindustrialisierten imperialistischen Metropolen und kolonialen und halbkolonialen Ländern, sie werfen einfach alles in einen Topf. Sie sind so außerordentlich "revolutionär", daß sie für die Durchführung der Revolution weder die Masse der Arbeiter noch irgendwelche Bundesgenossen des Proletariats benötigen. Die Bauern sind für sie allesamt reaktionär, nationale Fragen ein bürgerlicher Schwindel, den man am besten ignoriert usw. usf.

Die trotzkistischen Gruppen in Österreich, deren Anführer aus einem Klüngel intellektueller Klugscheißer bestehen, die das Geld ihrer bürgerlichen Eltern davor bewahrt, in einen Betrieb gehen zu müssen und "sich ausbeuten zu lassen", die den Großteil des Tages verschlafen, weil sie des Nachts die Probleme anderer Länder und Völker umso intensiver diskutieren, je weiter diese entfernt sind, sie plustern sich auf als die einzigen und wahren Revolutionäre, aber die vietnamesischen Genossen, die seit drei Jahrzehnten mit der Waffe in der Hand unter unzähligen Opfern für ihre Freiheit kämpfen und die damit auch einen unermesslich großen Beitrag für den Triumph aller Völker über den Imperialismus leisteten und leisten – diese sind angeblich Opportunisten, feige Kompromißler und rückgratlose Verräter. Es gehört schon ein besonderes Maß von Schamlosigkeit und zynischer Überheblichkeit dazu, mit solchen Frechheiten hausieren zu gehen.

Mit ihrer Schädlingssarbeit arbeiten die Trotzlisten den rechten Opportunisten, den Revisionisten und Sozialdemokraten eifrig in die Hände, sie dienen den selben konterrevolutionären Interessen, bloß von der anderen Seite her. Wir werden in einem weiteren Artikel Gelegenheit haben, zu zeigen, daß die Methode, der Konterrevolution von "links" her zu helfen, keine neue Erfindung der Trotzlisten ist, sondern schon seit den Tagen der Oktober-Revolution das für sie typische Kennzeichen ist.

Was das Problem Vietnam betrifft, so ist es sicher keine Kunst, am "Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" allerlei Mängel, Unklarheiten, Zweideutigkeiten, Widersprüche, Konzessionen und noch mancherlei zu entdecken. Dazu braucht man nicht die Trotzlisten. Das Pariser Abkommen hat natürlich zwei Seiten, es läßt die Handschrift beider kämpfender Seiten erkennen. Aber wir und mit uns alle wirklich revolutionären Kräfte der Welt sind mit den vietnamesischen Genossen einer Meinung, daß die positiven Seiten des Abkommens bei weitem dominieren, daß es vor allem von der kräftigen und überzeugenden Handschrift des vietnamesischen Volkes geprägt ist, einen bedeutenden Sieg dieses großartigen Volkes und eine eindeutige Niederlage des amerikanischen Imperialismus zum Ausdruck bringt. Zu diesem Sieg beglückwünschen wir das vietnamesische Volk von ganzem Herzen und drücken ihm unsere feste Überzeugung aus, daß es verstehen wird, ihn sich nicht nehmen zu lassen, ihn in entschlossenen weiteren Kämpfen zu konsolidieren und ihn zur Grundlage und zum Ausgangspunkt weiterer, noch größerer Siege zu machen.

Die „Rote Fahne“ braucht mehr Mitarbeiter und Korrespondenten!

Als eine Zeitung, die weder reiche Geldgeber und Inserenten, noch einflußreiche politische Protektoren hat, und die noch dazu ständigen Schikanen und finanziellen Aderlässen durch die Behörden des kapitalistischen Staates ausgeliefert ist, braucht die "Rote Fahne" die über das bei weitem nicht kostendeckende Abonnement hinausgehende finanzielle Unterstützung durch ihre Leser und Freunde und muß daher leider immer neue Appelle an deren Opferbereitschaft richten.

Nicht weniger wichtig aber, sondern überhaupt entscheidend ist die politische Unterstützung der "Roten Fahne", deren höchste Form die unmittelbare praktische Mitarbeit an ihrer Gestaltung ist. Diese Mitarbeit kann in der verschiedensten Weise erfolgen:

Durch freimütige Kritik am Inhalt der Zeitung oder an ihren einzelnen Beiträgen, an der Art, wie sie verfaßt sind, wie sie argumentieren, ob sie mehr oder weniger interessieren, genügend verständlich sind usw.

Durch Vorschläge und Anregungen über dringend aufzugreifende und zu behandelnde Themen, über wichtige Argumente, über Einführung oder Einschränkung bestimmter Rubriken bzw. Themenkreise usw.

Vor allem aber durch eigene Beiträge, Berichte und Korrespondenzen, zum Beispiel über örtliche und betriebliche Ereignisse allgemeinen Interesses, überhaupt über alle Fragen, welche die Redaktion wissen soll, um ihre Aufgabe möglichst gut erfüllen zu können.

Eine solche Mitarbeit als gelegentlicher oder ständiger Korrespondent der "Roten Fahne" setzt keine schriftstellerische Ader oder redaktionelle Erfahrung voraus, sie erfordert weder geschliffenen Stil noch perfekte Rechtschreibung, denn ihr hauptsächlichster Zweck ist die Information der Redaktion selbst, ihre Versorgung mit Material, mit Fakten, mit "Rohstoff", soll ihre Nase auf das Wesentliche, für den praktischen Kampf Notwendigste stoßen. Wo sich solche Beiträge aber unmittelbar zur Veröffentlichung eignen, ist eine eventuell notwendige stilistische Bearbeitung kein Problem, dazu gibt es ja eine Redaktion.

Die Redaktion der "Roten Fahne" hat bereits einen recht ausgedehnten Briefwechsel mit ihren Lesern und Freunden, sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer Landesgrenzen. Obwohl dieser Briefwechsel in der Regel nicht zur Veröffentlichung bestimmt ist, bedeutet er eine unschätzbare Hilfe bei der Gestaltung der Zeitung, bei der Wahl ihrer Themen, bei der Formung ihres Inhalts usw. Deswegen halten wir es für unbedingt notwendig, diesen Briefwechsel weiter auszudehnen, um den lebensnotwendigen Kontakt mit unseren Lesern noch enger zu gestalten. Vor allem solche Zuschriften, die sich nicht nur auf lobende und ermunternde Worte an die Adresse der Redaktion beschränken, sondern möglichst detailliert auf wichtige aktuelle Probleme oder Ereignisse eingehen, brauchen wir wie die

Luft zum Atmen und können davon garnicht genug bekommen.

Nehmen wir uns alle ein Beispiel daran, welche außerordentliche Bedeutung Lenin der Frage der Mitarbeit der Leser eines revolutionären Arbeiterorgans an ihrer Zeitung, dem Aufbau eines möglichst dichtmaschigen Netzes von Korrespondenten beigemessen hat. Als 1904 die Zeitung "Wperjod" ("Vorwärts") als erste Zeitung der Bolschewiki gegründet wurde, schrieb Lenin in einem Brief an einen Genossen:



"Wir kämpfen und werden kämpfen für eine feste revolutionäre Linie, gegen die Verdunkelung und das Hin- und Herpendeln in den organisatorischen und taktischen Fragen... Wir wenden uns jetzt an alle bolschewistischen Genossen mit der Bitte um ihre Unterstützung. Wir werden unser Organ nur unter der Bedingung erscheinen lassen, daß es zum Organ der russischen Bewegung wird und nicht nur eines ausländischen Zirkels. Dazu ist vor allem die energischste literarische Unterstützung oder besser gesagt, die 'literarische' Beteiligung aus Rußland notwendig. Ich unterstreiche und apostrophiere das Wort 'literarisch', um seinen Sinn von vornherein klarzustellen und um Mißverständnissen vorzubeugen, die sehr leicht unterlaufen und der Sache sehr schaden können; das ist die falsche Ansicht, daß nur die Literaten (im beruflichen Sinne des Wortes) imstande sind, mit Erfolg an dem Organ mitzuarbeiten. Im Gegenteil, Das Organ wird nur dann lebendig und lebensnotwendig sein, wenn auf 5 leitende und ständige Mitarbeiter 500 und 5000 Nicht-Literaten kommen. Ein wirklich lebendiges Organ muß ein Zehntel des eingesandten Materials drucken und den Rest zur Informierung der Literaten

verwenden. Es ist notwendig, daß eine möglichst große Zahl von Parteiarbeitern mit uns in Briefwechsel stände bzw. in einem Briefwechsel im gewöhnlichen, nicht-literarischen Sinn des Wortes... Möge jeder, der dieses Organ als das seine ansieht... sich für immer freimachen von der bürgerlichen Angewohnheit, so zu denken und zu handeln, wie dies in bezug auf die legalen Zeitungen üblich ist: ihre Sache ist es, zu schreiben, und die unsere - das Geschriebene zu lesen...

Wir bitten alle, mit uns zu korrespondieren - und besonders die Arbeiter... und zwar über alles zu schreiben, möglichst viel über das alltägliche Leben, über ihre Interessen, über ihre Arbeit. Ohne dieses Material wird das Organ keinen Groschen wert sein... Wir bitten außerdem, mit uns zu korrespondieren und zwar nicht in erster Linie für den Druck, sondern zum kameradschaftlichen Gedankenaustausch mit der Redaktion... Allerdings, nicht jeder kann und will schreiben - aber sage nicht: ich kann nicht, sondern ich will nicht. Wenn ihr wollt, dann wird sich in jedem Zirkel, ja sogar in der kleinsten unwichtigen

Gruppe (und die sind besonders interessant, denn sie führen oft den wichtigsten, wenn auch unsichtbaren Teil der Sache aus) der eine oder andere Genosse finden lassen, der zu schreiben versteht."

Zum selben Thema schrieb Genosse Stalin im Jahre 1912:

"Wir möchten..., daß sich die Arbeiter nicht auf die Sympathie beschränken, sondern an der Leitung unserer Zeitung aktiv mitarbeiten. Mögen die Arbeiter nicht sagen, Schriftstellerei sei für sie eine 'ungewohnte' Arbeit: Die Arbeiterjournalisten fallen nicht fertig vom Himmel, sie werden nur nach und nach, im Laufe der literarischen Arbeit herangebildet. Man muß nur mutig ans Werk gehen: Ein paarmal wird man stolpern, und dann lernt man schreiben."

Möge sich diese Worte vor allem jene große Mehrheit unserer Leser und Freunde zu Herzen nehmen, die alles lieber in die Hand nehmen als Feder oder Kugelschreiber und die, wie sie selbst oft sagen, lieber zehn Stunden schwer arbeiten als eine halbe Stunde Briefe zu schreiben.

Die Redaktion

★ Unsere LESER haben das Wort: ★

ALS EINZELNER RICHTET MAN

NICHT VIEL AUS

"Ich habe Eure Adresse von Gesprächen in Salzburg, wo ich mitdemonstriert habe. Seit zwei Jahren habe ich nur zufällige Kontakte mit Genossen. Nun ersuche ich um Aufnahme in eine Kadergruppe, da man als Einzelgänger nicht viel ausrichtet."

W. B.

ZUR VIETNAM-NUMMER

"Wir haben die 'Rote Fahne' mit dem Artikel über den Vietnam-Friedensvertrag in unserer Gruppe kollektiv durchgearbeitet und können Euch sagen, daß sie uns sehr geholfen hat. Bei uns sind die Auffassungen anfangs ziemlich verschieden gewesen und keiner wollte sich mit der allgemeinen - und auch richtigen - Feststellung begnügen, daß es ein großer Sieg des vietnamesischen Volkes ist. Man muß solche Feststellungen viel genauer aufschlüsseln, wenn sie überzeugen sollen.

Im allgemeinen ist es sicher notwendig, daß die 'Rote Fahne' zeitungsmäßig ist, also vielerlei verschiedene Beiträge bringt. Aber andererseits brauchen wir bei den Fragen, die auf lange Sicht hin wichtig sind und immer wieder debattiert werden, ausführliche und grundsätzliche Einschätzungen - und nicht ein paar kurze Artikel, in denen nur steht, was ohnedies jeder weiß. Solche Ausgaben der 'Roten Fahne' wie die Israel-Nummer, die Nummer über die Besetzung der Tschechoslowakei, die über die Außenpolitik der VR China - um nur einige zu nennen - haben wir schon oft Leuten in die Hand geben können, die sich genauer informieren wollten und die darin wirklich Antwort auf viele ihrer Fragen fanden. Wir glauben, daß diese RF-Ausgaben über sehr lange Zeit hinaus aktuell bleiben.

Schön wäre es natürlich, wenn wir ein eigenes theoretisches Organ hätten, um die 'Rote Fahne' von Artikeln entlasten zu können, die eigentlich den Rahmen einer Zeitung sprengen. Gibt es denn keine derartige Möglichkeit?"

R. W.

Antwort der Redaktion der RF:

Leider haben wir vorläufig keine solche Möglichkeit und wird die fallweise Veröffentlichung längerer grundsätzlicher Artikel noch auf längere Sicht eine Aufgabe der "Roten Fahne" bleiben, wie uns scheint sogar eine ihrer wesentlichsten Aufgaben.

AUF DEM RÜCKEN DER AR-

BEITENDEN BAUERN

"Man muß immer wieder daran erinnern, mit welchen Mitteln die kleinen Bauern ausgebeutet und aufs Existenzminimum gedrückt werden. Ist das ein Milchgeld, wenn der Bauer pro Liter S 2,10 bis 2,20 bekommt, für einen Liter Bier aber 10 bis 12 Schilling Verkaufspreis gerechnet werden? Vor 60 Jahren kostete ein halber Liter Bier und ein Liter Milch ungefähr gleich viel. Unlängst stand in der Zeitung, daß in Österreich jeden Tag neun Bauernwirtschaften liquidiert werden. Es ist kein Zufall, daß die größte Revolution der

Geschichte mit Hilfe der Bauern gesiegt hat. Auch bei uns werden die kleinen Bauern diejenigen sein, die der Pleitegeier des Bürgertums am widerlichsten ankotzen muß."

B. E.

SIE VERSUCHEN, MIR WEGEN

"DESERTION" EINEN STRICK ZU

DREHEN

"Ich habe beim Bundesheer organisatorische Arbeit geleistet. Dar-

auf hat mich Oberleutnant Riedl (Linz-Ebelsberg) als 'potentiellen Organisator bewaffneter Aktionen gegen die Republik Österreich' erklärt und versucht, mich als einen österreichischen Baader-Meinhof-Attentäter zu verdächtigen. Er hat versprochen, mich "in den Griff zu bekommen" und da man einen Grund suchte, fand man ihn auch. Zu einem Zeitpunkt, wo ich in L. versucht habe, eine Lehrlingsgruppe aufzustellen und einige Sympathisierende für die MLPÖ betreue, macht man nun einen Pro-

zeß wegen 'versuchter Desertion'. Das sind so die Methoden des SP-'Freiherrn' Lütgendorf und seiner Offiziere."

S. G.

TROTZDEM WERDE ICH DEN

KAMPF NICHT AUFGEBEN

"Wie Ihr wißt, habe ich vor 5 Monaten geheiratet. Aber meine Frau ist schwer krank geworden und ich habe jetzt viel Kummer und Sorgen. Ich habe fast 9.000 Schilling ausge-

„KD-SONDEREINSATZ IN MOSKAU“

Während das sowjetische Volk Sorgen hat, ob nach der schweren Mißernte des Jahres 1972 nicht ernste Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung eintreten werden, haben die neuen kapitalistischen Machthaber in der Sowjetunion und die diversen privilegierten Herrschaften in ihrem Gefolge ganz andere Probleme:

Wie und wo kann man billig und fachgerecht seinen neuesten Mercedes warten und reparieren lassen?

Wie das nebenstehende Faksimile einer internen Mitteilung der Mercedes-Niederlassung in Stuttgart an die Werksleitung in Untertürkheim zeigt, geht sowas heutzutage doch schon leichter als früher. Einerseits gibt es ja sehr enge und hoffnungsvolle geschäftliche und politische Beziehungen zu den westdeutschen Monopolkapitalisten, andererseits existieren in der Sowjetunion auch schon private Kfz-Werkstätten. Wenn man zum Kreis der Privilegierten gehört, braucht man sich garnicht aus seinem Luxusappartement oder aus seiner Datscha herauszubemühen, denn die "auf Veranlassung" irgendeines kleineren oder größeren Leonid extra aus Untertürkheim herbeigeht und mit allen notwendigen Papierchen ausgestatteten erfahrenen Mercedes-Mechaniker sorgen gerne für alles Nötige, damit der Mercedes 300 SEL seinem sowjetischen Eigentümer ungetrübte Freuden bereitet.

Und wer bezahlt den aufwendigen "KD-Sondereinsatz in Moskau"? Offenbar nicht der betreffende Herr Leonid, sondern das sowjetische Volk, vielleicht aber auch das ostdeutsche oder irgendein anderes, dessen Haut die diversen Leonids gerade an den westdeutschen Imperialismus verschachern.

DAIMLER-BENZ Aktiengesellschaft		Mitteilung		
Werk/Niederlassung	Abteilung	Name	Heueruf	Datum u. Zeichen
Von Stuttgart	Nato	R. Weinmiller	459	26.1.72 Wei/kb
An Werk Ut	ZKD-EX8	Herrn Köbel		Ihre Nachricht vom:
Betr.: KD-Sondereinsatz in Moskau		Verteiler:		
Juli/August 1972				

Wie besprochen erhalten Sie nachfolgend die Anschriften bekannter russischer Künstler, die auf Veranlassung von Herrn Leonid Kogan um die Durchführung von Inspektionen an ihren MB-Fahrzeugen bitten:

- Leonid Kogan
Ul. Nezdanovoj 8/10 App. 8
Tel.: 2290523 Moskau-K-9
1920050 (Landhaus) Typ 300 SEL 6.3
- Emil Gilels
Ul. Gorkogo 25/8 App. 55
Moskau
Telefon nicht bekannt Typ 200
- Dimitri Schebalin
Ul. Dibenko 4/31
Moskau A-475
Telefon nicht bekannt Typ 200
- Gennadij Rozdjestvenokij
Ul. Karetny Klad 5/10 App. 90
Moskau
Tel.: 2995871 Typ 200
- Natlaslav Rostropovich
Moskau
Tel.: 2290496 Typ 300 SEL/6
- Valerij Klimow
Plaschad Vosstanija 1/KV 176
Moskau D 242
Telefon nicht bekannt Typ 200/8

Die Arbeiten sollen möglichst am 3. und 4. August, gegebenenfalls aber auch in den letzten Julitagen in der privaten Werkstatt des Landhauses von Herrn Kogan, das nur 20 Autominuten von der Deutschen Botschaft entfernt liegt, durchgeführt werden. Herr Kogan wird für eine offizielle Genehmigung der zuständigen Behörde sorgen, so daß sich unsere Herren ohne Schwierigkeiten dorthin begeben können.

Niederlassung Stuttgart
[Signature]
Eingangsstempel
Telefonnummern der Werke:
Untertürkheim (0714) 99 62 + Heueruf
Bödingen (07031) 6 62 + Heueruf
Quersiedlung von Ut 86 + Heueruf
Gaggenau (07228) 6 + Heueruf
Berlin-Mitte (030) 7491 + Heueruf
Bad Homburg (06472) 6031
Düsseldorf (0211) 482 11

geben für die Behandlung meiner Frau, für Arzt- und Spitalskosten und da wir uns Möbel auf Raten gekauft haben, weiß ich nicht ein und aus, wie ich jetzt alles zahlen soll. Meine Arbeit beim Wasser habe ich aufgeben müssen, weil ich es gesundheitlich nicht mehr aushielt und mich das Rheuma schon ganz ruiniert hat. Weil man noch jünger ist, glaubt man, daß es einem nichts schadet, den ganzen Tag im Wasser zu stehen, aber dann sieht man, wie einem das herrichtet.

Trotz allem werde ich den revolutionären Kampf nicht aufgeben. Ich studiere auch weiter die Literatur. Wir sind wieder eine aktive Gruppe. Jetzt ist der Kampf besonders wichtig, weil viele Leute unzufrieden sind und alles mit jedem Tag teurer wird."

E. L.

BÜCHER - IMMER WILLKOMMEN!

"Ich habe eine Menge lehrreicher und wertvoller Bücher und Broschüren, die ich jüngeren Genossen zur Verfügung stellen möchte. Da es leichtsinnig wäre, sie nutzlos liegen zu lassen, wäre ich Euch dankbar, wenn Ihr sie gelegentlich abholen könntet. Beiliegend 500 Schilling für die Zeitung und als Spende."

E. H.

INTERESSE FÜR DIE "ROTE FAHNE"

"Von einem Bekannten habe ich eine Nummer Ihres Zentralorgans erhalten. Da ich mich für die Politik und Theorie und Praxis der MLPÖ interessiere, bitte ich Euch, mir ein paar ältere und die laufenden Nummern der 'Roten Fahne' zuzusenden und einen Erlagschein mitzusenden."

Ch. L.

"Der Kampf der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs interessiert mich sehr. Können Sie mir regelmäßig die 'Rote Fahne' senden? Es lebe die MLPÖ!"

P. A.

"Herzlichen Glückwunsch zur letzten 'Roten Fahne'. Ihr habt damit wieder einen Schritt vorwärts gemacht. Das Zentralorgan der Partei ist eines der wichtigsten Kampfmittel beim Aufbau der Partei überhaupt. Genauso wie sich die Partei weiterentwickelt, muß sich auch das Zentralorgan weiterentwickeln. Es muß das Sprachrohr der unterdrückten Massen werden.

Das Zentralorgan ist auch wichtig für die Erarbeitung der revolutionären Linie der Partei. Es muß ständig von den Genossen kontrolliert werden, die Genossen müssen selbst Berichte, Artikel etc. schreiben."

K. Z.

THEORIE FÜR DIE PRAXIS

"Da ich hier am Ort in einem Zirkel marxistisch-leninistischer Arbeiter mitarbeite, mich außerdem die Thematik Eurer Zirkel interessiert, möchte ich Euch bitten, mir nähere Informationen zu geben... Ihr habt in einer der ersten Nummern des letzten Jahres einen sehr guten Beitrag zu Theorie und Praxis veröffentlicht. Der Artikel wurde von uns breit diskutiert und hat uns sehr viel weitergebracht. Vielleicht wäre es möglich, öfter solche Beiträge in der Zeitung zu veröffentlichen."

H. Sch.

EINE KOMPLETTE SERIE DER

"ROTEN FAHNE" IN DER BIBLIO-

THEK DES "KARL-MARX-HAUSES"

"Ich habe mich immer noch für Ihre Übersendung der 'Roten Fahne' und einer Reihe von Broschüren zu bedanken. Ich glaube auch, daß es ganz in Ihrem Sinne ist, wenn die Sammlung der 'Roten Fahne' dem hiesigen Karl-Marx-Haus übergeben wird. In dem Geburtshaus von Karl Marx befindet sich ja ein Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, das unter anderem auch an der Moskauer Marx-Lenin-Ausgabe mitarbeitet. Die 'Rote Fahne' dürfte hier auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen."

Dr. R. B.

Assistenzprofessor, Trier

EINE VON MEHREREN KRITISCHEN STIMMEN ZU DEN VIETNAM-DEMONSTRATIONEN VOM

JÄNNER

"Selbstverständlich soll man diese Demonstrationen nicht abwerten, aber es gibt doch eine Menge kritischer Punkte. Vor allem bestätigte sich, daß eine Zusammenarbeit mit den Revisionistenführern unmöglich ist, da sie revolutionäre Parolen wie 'Sieg im

Volkskrieg' oder 'Kampf dem US- und dem SU-Imperialismus' ablehnen. Man muß eine Möglichkeit finden, die Revisionisten zu isolieren und nicht zulassen, daß sie sich als Antiimperialisten aufspielen. Das Thema wäre eine Diskussion wert."

R. M.

Anmerkung der Redaktion der RF:

Ein ausführlicher Beitrag zu diesem Thema liegt bei uns schon seit einiger Zeit vor, doch können wir ihn erst in einer kommenden Nummer abdrucken.

GENOSSEN DELEGIERTE, LASST UNS AUCH ETWAS ERFAHREN!

"Im Jahre 1972 hat unsere Partei bei zwei wichtigen Gelegenheiten Delegationen in die Volksrepublik Albanien entsandt, zum 6. Albanischen Gewerkschaftskongreß und zum 7. Kongreß des Albanischen Jugendverbandes. Nun weiß ich zwar nicht, welchen Grundorganisationen die be-



treffenden Genossen angehören und in welcher Form sie dort Bericht erstattet haben, bin aber der Meinung, daß ihre Berichterstattung unbedingt in größerem Rahmen hätte stattfinden müssen und auch etwas in der 'Roten Fahne' hätte geschrieben werden sollen. Ich schlage vor, daß man in Hinkunft Genossen, die zu so wichtigen Anlässen delegiert werden, schon von vornherein auf eine ausführliche Berichterstattung festlegt und dazu ernsthaft verpflichtet! Darunter verstehe ich auch Formen der Berichterstattung au-

ßerhalb der eigenen Grundorganisation und in der 'Roten Fahne' ganz besonders, weil durch sie der größte Kreis von Interessenten erreicht wird. Ich würde rund heraus sagen, daß Genossen, von denen ernstliche Anstrengungen in dieser Hinsicht nicht erwartet werden kön-

nen, erst garnicht delegiert werden sollten." J.G.

Anmerkung der Redaktion der RF:

Die von Genossen J.G. brieflich, von anderen Genossen mehrfach mündlich geübte Kritik ist völlig richtig. Tatsächlich war sowohl die Auswertung der Gewerkschaftsdelegation als auch der Jugend-

delegation nach Albanien äußerst mangelhaft. Das zeitweilige Ausfallen der "Roten Fahne" im vorigen Jahr hat diesen Mangel natürlich sehr verschärft, aber kann ihn nicht einfach entschuldigen, zumal die Zeitung ja seit November wieder regelmäßig erscheint und die betreffenden Genossen dennoch keinen Bericht sandten, obwohl sie darum gebeten worden waren.

Enver Hodscha: **Die „Hilfe“ der Imperialisten und Sozialimperialisten ist eine Falle**

Am 28. November 1972 hielt der 1. Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens, Genosse Enver Hodscha, in Vlora anlässlich des 60. Jahrestags der Proklamation der albanischen Unabhängigkeit und des 28. Jahrestags der Befreiung des Vaterlandes eine viel beachtete Rede. Wir veröffentlichen nachstehend einige Auszüge aus dieser Rede, die ein wie uns scheint besonders wichtiges Thema betreffen. Der Titel sowie die Hervorhebungen stammen von der Redaktion der "Roten Fahne".

Die verschiedenen imperialistischen Mächte und kapitalistischen Staaten waren zu jeder Zeit geschworene Feinde des albanischen Volkes. Sie haben ihm immer geschadet,^{*)} es angegriffen, blutig geschlagen, gespalten, betrogen, zerstückelt und geknechtet. Das Volk kann daher kein Vertrauen zu ihnen haben, es darf sich keinerlei Illusio-

nen über ihre angebliche Hilfe machen. Es muß stets wachsam sein und darf ihrer Demagogie niemals auf den Leim gehen. In jeder Frage, über die es mit ihnen verhandelt, muß es auf seiner Gleichberechtigung bestehen und darf sich in keinem Fall ihren Drohungen und Erpressungen beugen. Jedem, der versucht, unser Volk durch seine eigene Stärke einzuschüchtern, dem wird dieses ebenfalls seine Stärke beweisen.

Wir müssen unser Volk gegen die kapitalistisch-revisionistische Propaganda und Demagogie gut wappnen, wonach wir angeblich von der Welt, von der progressiven

^{*)} An einer anderen Stelle seiner Rede bringt Genosse Enver Hodscha einige drastische Beispiele dafür, mit welcher Unverschämtheit die imperialistischen Mächte seinerzeit Albanien behandelten und es bei ihren räuberischen Transaktionen und Geschäften zum Wechselgeld zu machen suchten. In diesem Zusammenhang erinnert Genosse Enver Hodscha auch an die sogenannte "Sixtus-Affäre", bei der die niederträchtige Rolle der Habsburger-Monarchie gegenüber Albanien deutlich wurde.

Da es in Österreich auch heute noch Leute gibt, die glauben oder sogar behaupten, die Österreichisch-Ungarische Monarchie habe sich Albanien gegenüber als wohlwollende "Schutzmacht" verhalten oder habe sogar seinen Kampf um staatliche Selbständigkeit und nationale Unabhängigkeit unterstützt, scheint es angebracht, das von Genossen Enver Hodscha erwähnte Beispiel kurz zu erläutern:

Als im Frühjahr 1917 den Habsburgern zu dümmern begann, daß ihr imperialistischer Raubkrieg nicht zu gewinnen war, sondern wahrscheinlich mit ihrer totalen Niederlage enden würde, machten sie einen heimlichen Versuch, zu retten, was noch zu retten war. Im Einvernehmen mit seinem Außenminister Czernin beauftragte damals Kaiser Karl von Habsburg seinen Schwager Sixtus, Prinz von Bourbon-Parma, den Bruder der Kaiserin Zita, mit Clemenceau Kontakt aufzunehmen, um hinter den Kulissen einer österrei-

chisch-deutschen "Waffenbrüderschaft bis in den Tod" mit Frankreich die Möglichkeiten und Bedingungen eines österreichischen Separatfriedens zu erkunden. Um für sich selbst möglichst viel herauszuschlagen, waren die Habsburger bereit, alle möglichen Länder und Gebiete zu verschenken, die ihnen nicht gehörten. Unter anderem boten sie die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich an und ebenso ihr Einverständnis, daß Albanien vom serbischen Staat verschlungen werde.

"Dieser Kaiser", sagte Genosse Enver Hodscha in seiner Rede in Vlora, "machte ihnen (den Entente-Mächten, Anmkg.) dieses Geschenk, als ob unser Land ein Taschentuch wäre, das er in irgendeinem Laden in Wien oder in Budapest kaufen könne."

Der mit Hilfe des Prinzen Sixtus unternommene Versuch eines habsburgischen Separatfriedens scheiterte, weil die Entente-Mächte überzeugt waren, den Krieg sowieso zu gewinnen und dann einfach ihre Bedingungen diktieren zu können. Clemenceau entschloß sich sogar zur Veröffentlichung der Sixtus-Briefe, was schwere Differenzen zwischen den Habsburgern und den deutschen Imperialisten auslöste. Einige Zeit erklärten die Habsburger die Enthüllungen Clemenceaus feierlich als völlig aus den Fingern gesogen und von A bis Z gefälscht, dann machten sie Czernin zum Sündenbock und gaben ihm den Laufpaß.

(Anmerkung der Redaktion der "Roten Fahne")

Wissenschaft, von "ihrer hochherzigen Hilfe" isoliert seien. Was ist aber in der Tat die "Hilfe", die sie uns durch ihre Kredite so gerne geben möchten? Diese "Hilfe" anzunehmen, würde bedeuten, unser Land an sie zu verkaufen, den Imperialisten und Revisionisten zu erlauben, ihre Kapitalien in Albanien anzulegen, um sich am Blut und am Schweiß unseres Volkes zu bereichern. Es würde bedeuten, daß wir Satelliten der Monopolherren und ihrer Metropolen werden, daß wir ihre degenerierte Lebensweise, ihre "Konsum"-Gesellschaft mit all ihren schwerwiegenden Konsequenzen einführen, daß in unserem Lande die alten Ausbeuterklassen mit allen üblen Merkmalen der heutigen kapitalistisch-revisionistischen Klasse neu belebt und gestärkt würden. Das albanische Volk wird es nie dazu kommen lassen, weil es alle diese Gefahren gut kennt, weil die Partei und das Volk wachsam sind und niemals einen solchen Fehler machen werden.

Woher nehmen denn diese modernen Diebe die Kapitalien, mit denen sie die anderen, wirtschaftlich zurückgebliebenen Völker so "großzügig" unterstützen wollen? Nur daraus, daß sie die Arbeiterklasse des eigenen Landes und andere Völker schrecklich ausbeuten! Daß sich den Mehrwert, der aus dem achtstündigen Arbeitstag des Arbeiters kommt, die Kapitalistenklasse aneignet, bedeutet heute, daß sie den größten Teil der Früchte seiner Arbeit in ihre Taschen steckt. Die Kapitalisten schlagen aus dem Schweiß der Arbeiter kolossale Profite! Selbst die kleinsten Zugeständnisse, welche die Kapitalisten den Arbeitern notgedrungen machen, wenn sie durch opferreiche Streiks und Demonstrationen dazu gezwungen werden, machen sie nur, um Ruhe zu haben und die Arbeiter weiterhin maßlos ausbeuten zu können, und sie nehmen den Arbeitern auch diese kleinen Zugeständnisse auf der anderen Seite sofort wieder weg: durch die hohen Steuern, durch Erhöhung der Preise und Mieten, durch hohe Schulgebühren, durch die sehr hohen Tarife für ärztliche Betreuung und andere Raubzüge aller Art. Und während die Arbeiter schuften müssen, schafft sich der Kapitalist neue Möglichkeiten, um seine Kapitalien wo anders anzulegen, um andere Völker auszubeuten und zu unterdrücken, um weitere Länder zu kolonisieren.

Nein! Das albanische Volk und seine Partei werden sich niemals einreden lassen, ihre Gesellschaftsordnung mit dieser Hölle zu tauschen. In unserem Land mag es an Su-

permärkten mangeln, in unseren Geschäften mögen heute noch einige Artikel fehlen, das Volk weiß aber, daß das Angebot in den Geschäften im Vergleich zu früher außerordentlich gewachsen ist und es ist fest davon überzeugt, daß es in der Zukunft dank seiner eigenen unermüdlichen Arbeit ununterbrochen weiterwachsen wird - in Freiheit und Unabhängigkeit.

In unserem Lande sind die Preise der Waren aller Art seit der Befreiung nicht nur nicht gestiegen, wie es in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern der Fall ist, sondern sie sind im Gegenteil immer wieder gesenkt worden. Während in jenen Ländern die Wohnungsmieten in den Himmel wachsen, sind sie bei uns außerordentlich niedrig geblieben; während bei uns für alle Schulkategorien und Unterrichtszweige Schulgeldfreiheit für alle besteht, werden dort die Schulgebühren immer höher; während bei uns die ärztliche Betreuung kostenlos ist und bei einer Behandlung im Krankenhaus auch die Medikamente und die Verpflegung kostenlos sind, ist bei ihnen die Spitalsbehandlung und sogar eine kleine Operation schon außerordentlich teuer; während bei uns alle Steuern abgeschafft worden sind, leidet dort das Volk unter einer kolossalen Steuerlast, und so weiter und so fort. So sieht ihre Gesellschaft aus. Grundlegend anders ist es in unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die sowjetischen Revisionisten reden viel davon, es sei "theoretisch falsch", den Sozialismus mit den eigenen Kräften aufzubauen, wie das die Chinesen und die Albaner tun. In dieser Frage machen die ruhmreiche Kommunistische Partei Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens jedoch nicht den geringsten Fehler, weder in der Theorie noch in der Praxis. Das Hauptsächliche und Entscheidende beim Aufbau des Sozialismus in einem Lande sind die inneren Kräfte, die eigenen Kräfte eines jeden Landes. Die Hilfe, die ein sozialistisches Land einem anderen sozialistischen Land gibt, muß brüderlich, internationalistisch, wirklich uneigennützig sein und darf mit keinerlei politischen Bedingungen verbunden werden. So ist auch die Hilfe, die das sozialistische Albanien von der Volksrepublik China erhält.

Aber weshalb ist die Hilfe, die China Albanien leistet, eine solche Hilfe? Weil unsere beiden Länder wirklich sozialistische Länder sind, weil an ihrer Spit-

ze zwei wirklich marxistisch-leninistische Parteien stehen, weil unsere beiden Völker, Parteien und Staaten durch eine immerwährende, vom Marxismus-Leninismus erhärtete und zementierte Freundschaft verbunden sind, weil wir den gleichen Weg gehen, weil wir die gleichen Ziele haben und auch die gleichen Feinde, die wir in Zusammenarbeit mit allen anderen Völkern und mit dem Weltproletariat schlagen und vernichten müssen. Die Albaner und die Chinesen schreiten in völliger Einigkeit Hand in Hand voran. Auf diese Weise hilft das große China Maotsetungs auch den anderen sozialistischen Ländern und anderen Völkern. Das große China Maotsetungs ist ein starker sozialistischer Staat, aber es ist weder eine imperialistische noch eine sozialimperialistische Supermacht.

Die modernen Revisionisten mit den sowjetischen an der Spitze bemühen sich, die Völker ihrer Länder und die Völker der ganzen Welt zu betrügen, wenn sie behaupten, ihre Länder und ihr System seien angeblich sozialistisch. Das ist bereits zu einer glatten Lüge geworden. Die modernen Revisionisten haben das sozialistische System in ihren Ländern endgültig zerstört und es zu einem kapitalistischen System

gemacht, während sie die Sowjetunion in einen sozialimperialistischen Staat verwandelt haben. Es ist daher ganz undenkbar, daß zwischen diesen Ländern, die sich bloß "sozialistisch" nennen, sowie zwischen ihnen und uns, eine wirklich brüderliche, internationalistische, uneigennützig und mit keinen politischen Bedingungen verbundene Zusammenarbeit besteht, wie das die Sowjetrevisionisten und ihre Nachbeter vorgeben. Ihre sogenannte "Hilfe", die angeblich "sozialistisch" sein soll, ist von der gleichen Art wie die "Hilfe" des amerikanischen Imperialismus. Die "gegenseitige sozialistische Zusammenarbeit" der Sowjetrevisionisten ist das selbe wie die "aufrichtige Zusammenarbeit", die der amerikanische Imperialismus anbietet. Die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, die den heißen Krieg vorbereiten, versuchen mit ihrer angeblich "großmütigen Hilfe", die anderen wirtschaftlich und politisch in ihre Krallen zu bekommen, sie ihrem Einflußbereich einzuverleiben und zu ihren Kolonien zu machen.

Die Sowjetrevisionisten sind über die Fortschritte Chinas und Albaniens wütend. China hat bereits alle Kredite, die es von ihnen bekommen hatte, restlos zurückgezahlt. Wir



ABZUG DER AMERIKANER AUS SÜDVIET-
oo
NAM - ODER BLOSS IHRER UNIFORMEN?
oo

Knapp vor Abschluß des Waffenstillstandsvertrags in Paris meldete die "Neue Zürcher Zeitung", daß die USA ihre Kreatur Thieu in einem so forcierten Tempo mit Militärflugzeugen ausstatteten, daß sie sogar eine größere Zahl von Flugzeugen, die sie bereits nach Südkorea, Taiwan und Persien geliefert hatten, dort wieder einsammeln mußten, nur um der Thieu-Bande in kürzester Zeit die drittgrößte Kriegsluftflotte der Welt zu verschaffen. Wie die NZZ feststellte, handelt es sich zu bedeutenden Teilen um Flugzeugtypen, für die es bei Thieu weder geschulte Piloten noch Bedienungspersonal und Mechaniker gibt. Was kann dann aber Thieu mit diesen Flugzeugen anfangen, wenn die Amerikaner abziehen?

Die Sache ist einfacher, als man denkt. Zwar sollen die USA laut Pariser Vertrag ihre Soldaten und Militärberater abziehen, aber zivile "Berater" und "Helfer" können natürlich bleiben oder zusätzlich einreisen. So werden in Südvietnam zwar die amerikanischen Uniformen weniger, aber nicht unbedingt die Amerikaner. Nicht wenige von ihnen machen jetzt halt das in Zivilkleidung, was sie früher in Uniform machten.

zahlen den falschen Freunden, die zu wilden Feinden geworden sind, schon seit Jahren ihre sogenannten Kredite zurück, die aus Maschinen alter Werkstätten mit einem neuen Farbanstrich bestanden.

Wir Albaner haben genau kennengelernt, was hinter der sogenannten "internationalistischen Hilfe" der Sowjetrevisionisten steckt. Den imperialistischen Charakter ihrer "Hilfe" lernen heute auch andere Völker und Staaten kennen. Es waren die sowjetischen Revisionisten, welche die Entwicklung unserer Wirtschaft, unserer Industrie und unseres Bergbaus intensiv sabotierten. Ihre Ziele waren weit gesteckt - sie wollten unser sozialistisches Land versklaven und es zu einem ihrer Satelliten machen.

Dieses heldenhafte Vlorë sah auch Chruschtschow. Als dieser Renegat des Marxismus-Leninismus vor der wunderbaren Bucht von Vlorë stand, war er fasziniert. In einem Moment hörte ich, wie sein Berater Malinowski ihm zuflüsterte:

"Verstehst Du, Nikita Sergejewitsch? Mit Raketen aus Ostdeutschland und Berlin können wir nun Gibraltar treffen, während wir von der Bucht von Vlorë aus das ganze Mittelmeer in der Faust haben."

Aber in der Faust hatten sie nur den Wind, weil unsere Partei und unsere Regierung ihre Pläne zunichte machten. Niemals wird Vlorë in den Händen von Fremden sein!

Derselbe Malinowski sagte später zu Chruschtschow in Butrint:

"Ein schöner See ist das hier. Wenn man hier die Küste durchbricht, könnte man in der Nähe einen herrlichen U-Boot-Stützpunkt errichten und dann würde auch Griechenland unser sein."

Mir lief ein Schauer über den ganzen Körper und ich mußte an jene finstere Nacht in Tirana denken, als wir mit Genossen Vasil Shanto Plakate an die Mauern klebten: "Nieder mit dem italienischen Faschismus! Es lebe das griechische Brudervolk, das für seine Freiheit kämpft!" Nein, unsere Partei und unsere Regierung werden niemals zulassen, daß unserem griechischen Brudervolk vom Lande der Oliven Schlimmes droht!

Das und viele andere böse Dinge haben diese falschen Kommunisten einem kleinen Land und einem kleinen Volk angetan. Sie haben gegen die Volksrepublik Albanien eine Blockade verhängt, in der Hoffnung, sie in die Knie zu zwingen. Doch das Gegenteil geschah. Das sozialistische Albanien, geführt von seiner heroischen Partei, schritt stürmisch vorwärts, es baut mit Erfolg den Sozialismus auf und eilt auf allen Lebensgebieten, in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Unterrichtswesen und in der Kultur, sowie bei der Stärkung der Verteidigungskraft des Vaterlandes von Sieg zu Sieg.

AUS DER REVOLUTIONÄREN WELTBEWEGUNG

ITALIEN

ZWEITER PARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ITALIENS (MARXISTEN-LENINISTEN)

Vom 5. bis 7. Jänner 1973 fand in Parma der Zweite Ordentliche Parteitag unserer italienischen Bruderpartei PCI(ML) statt. Der Parteitag nahm den vom Generalsekretär der Partei, Genossen Fosco Dinucci, erstatteten Bericht des Zentralkomitees entgegen, schloß ihm eine ausführliche Diskussion an und faßte eine Reihe grundlegender Beschlüsse für die weitere ideologische und organisatorische Stärkung der Partei und die allseitige Entwicklung ihrer Arbeit und ihres Kampfes. Besonderes Augenmerk schenkte der Parteitag einigen Fragen des Statuts der Partei, der Intensivierung ihrer Arbeit unter der Jugend sowie der Stärkung des Zentralorgans "Nuova Unità". Im neuen Zentralkomitee, das der Parteitag

in einer Atmosphäre kämpferischer Einheit wählte, hat Genosse Fosco Dinucci wieder die Funktion des Generalsekretärs der Partei.

Dem Parteitag lag eine große Zahl von Begrüßungsschreiben und Solidaritätsadressen marxistisch-leninistischer Bruderparteien vor. Insbesondere hatten Grußbotschaften gesandt: die Partei der Arbeit Albaniens, die Kommunistische Partei Indonesiens, die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Frankreichs, die Kommunistische Partei Brasiliens, die Kommunistische Partei Polens, die Kommunistische Partei Spaniens (ML), die Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs, die Kommunistische Partei Deutschlands (ML), die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Belgiens, die Marxistisch-Leninistische Partei der Niederlande, die Marxistisch-Leninistische Bewegung Norwegens, die Kommunistische Liga (ML) Schwedens, sowie andere Bruderparteien.

Das in der "Nuova Unità" vom 18. Jänner 1973 veröffentlichte Grußschreiben des ZK der MLPÖ hat folgenden Wortlaut:

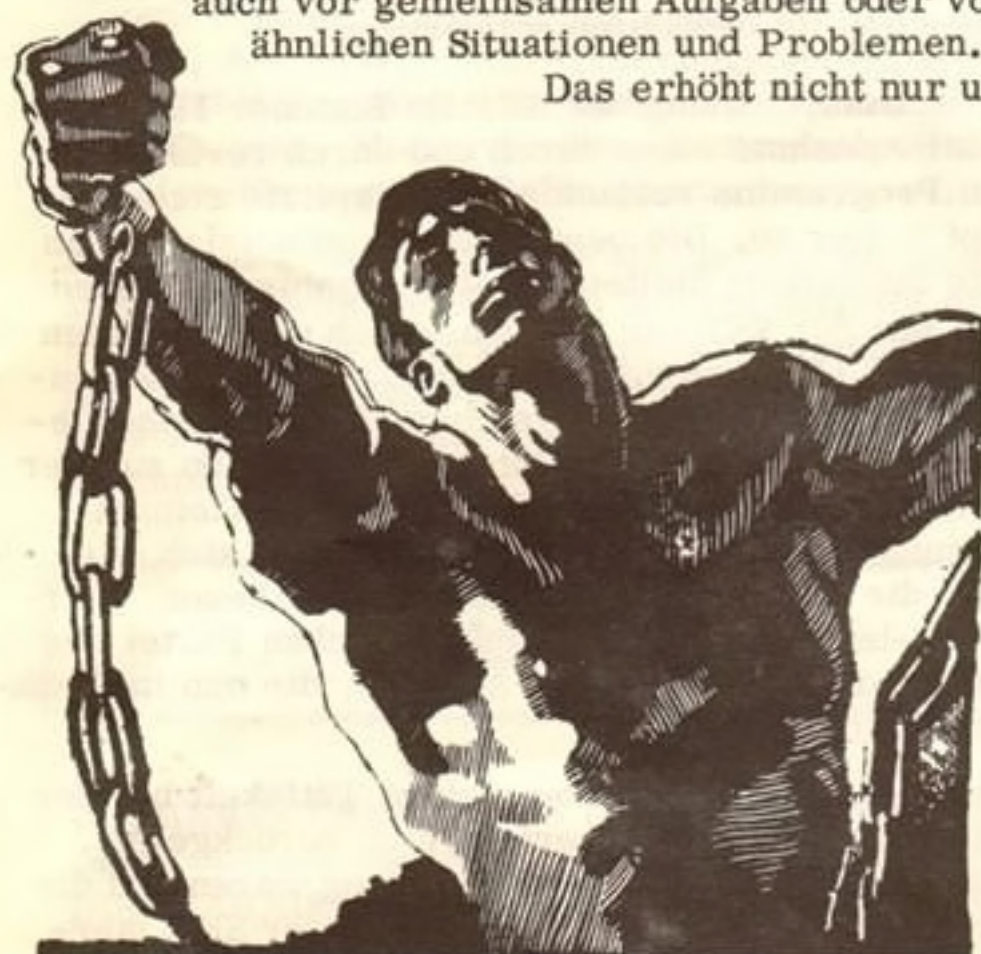
An das Zentralkomitee der KP Italiens (ML)

Liebe Genossen!

Mit großem Interesse haben wir von der Abhaltung des Parteitags Eurer marxistisch-leninistischen Partei erfahren. Gestattet uns aus diesem Anlaß, Euch erneut unsere innige kämpferische Verbundenheit und brüderliche Solidarität auszudrücken!

Schon seit der Geburtsstunde Eurer Partei verfolgen wir mit Freude und Genugtuung Euren mutigen, beharrlichen und zielklaren Kampf gegen das ausbeuterische kapitalistische System und seinen unterdrückerischen reaktionären Staat, gegen Reformismus und Revisionismus, für die Interessen des arbeitenden Volkes und für den Sieg der proletarischen Revolution.

Österreich und Italien sind nicht bloß Nachbarländer, sondern die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Vorhut stehen bei Euch und bei uns oft auch vor gemeinsamen Aufgaben oder vor ähnlichen Situationen und Problemen.
Das erhöht nicht nur un-



ser Interesse an Eurem Kampf, erleichtert uns nicht nur, daraus zu lernen, sondern unterstreicht auch die Notwendigkeit unserer brüderlichen Zusammenarbeit.

Teilt bitte den Delegierten Eures Parteitages mit, daß die umfangreiche Arbeit, die Eure Partei gegenwärtig zur Abwehr des Unternehmerangriffs auf die Lebensbedingungen der werktätigen Massen, gegen Teuerung und Lohnraub, leistet, sowie Euer beharrlicher Kampf für die Vereinigung aller wirklich linken, revolutionären Kräfte Eures Landes unter dem Banner des konsequenten Marxismus-Leninismus, unsere besondere Bewunderung finden. Teilt ihnen bitte mit, daß wir in unseren Gedanken und Wünschen bei ihnen sind und nicht daran zweifeln, daß dieser Parteitag eine neue Etappe noch eindrucksvollerer und erfolgreicherer Kämpfe im Leben Eurer jungen Partei einleiten wird.

Vorwärts im unversöhnlichen Kampf gegen Imperialismus und Reaktion, gegen Opportunismus und Revisionismus, für die große Sache der proletarischen Revolution!

Es lebe die unbeirrbar voranschreitende KP Italiens (ML)!

Es lebe die feste Verbundenheit und kämpferische

Solidarität unserer beiden Parteien und aller wirklich marxistisch-leninistischen Kräfte der Welt!

Es leben die Hauptquellen unserer Kraft, die sicheren Garanten unseres Sieges: der Marxismus-Leninismus und der proletarische Internationalismus!

ZK der MLPÖ

INDONESIEN

BRIEFLICHER DANK INDONESISCHER GENOSSEN

AN DIE REDAKTION DER "ROTEN FAHNE"

Im Oktober/November erhielt das ZK der MLPÖ bzw. die Redaktion der "Roten Fahne" von Seiten der KP Indonesiens und antifaschistischer indonesischer Organisationen im Exil Mitteilungen über den bevorstehenden Österreich-Besuch Suhartos, wobei die indonesischen Genossen ihre Hoffnung ausdrückten, die fortschrittlichen Kräfte Österreichs könnten diesen "Besuch" zum Anlaß antifaschistischer Solidaritätsaktionen mit dem unter schwierigsten Bedingungen kämpfenden indonesischen Volk sowie zur Aufklärung der österreichischen Öffentlichkeit über das Wesen des Suharto-Regimes nehmen. Einen solchen Brief, den uns die O.I.S.R.A.A. gesandt hatte und der sich im Grunde an die ganze antifaschistische österreichische Öffentlichkeit richtete, haben wir sofort übersetzt und an die uns bekannten antifaschistischen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen mit dem Ersuchen versandt, selbst Solidaritätsaktionen vorzubereiten oder sich an den Anti-Suharto-Aktionen der MLPÖ zu beteiligen. (Siehe dazu auch "Rote Fahne" Nr. 136 vom November 1972).

Unsere relativ bescheidenen Aktionen, die seitens der österreichischen Staatspolizei solchen Zorn ausgelöst haben, daß sie mehr als 3 Monate danach immer noch Verhöre und Einvernahmen von angeblich Beteiligten durchführt (!), sind auch unseren indonesischen Genossen bekannt geworden. So hat uns nun Genosse Ibrahim Isa von der O.I.S.R.A.A. einen sehr herzlichen Brief geschrieben, den wir unseren Lesern nachstehend in deutscher Übersetzung zur Kenntnis bringen:

An die Redaktion
der "Roten Fahne"
1150 Wien, Goldschlagstraße 64
Austria

Liebe Freunde! Jänner 1973

Die Indonesische Organisation für Afro-Asiatische Volks-Solidarität (OISRAA) hat mit großer Freude von der Rolle Eurer Zeitung bei der Entlarvung der faschistischen Natur Suhartos, des Schlächters des revolutionären Volkes von Indonesien, erfahren. Eure Veröffentlichungen haben einen bedeutenden Beitrag dazu geleistet, die öffentliche Meinung Eures Landes gegen Suhartos Besuch zu mobilisieren.

Eure Aktivität zur Enthüllung des wahren Gesichtes des faschistischen Regimes in Indonesien unter Führung Suhartos bedeutet eine wichtige Unterstützung des Kampfes des indonesischen Volkes für nationale

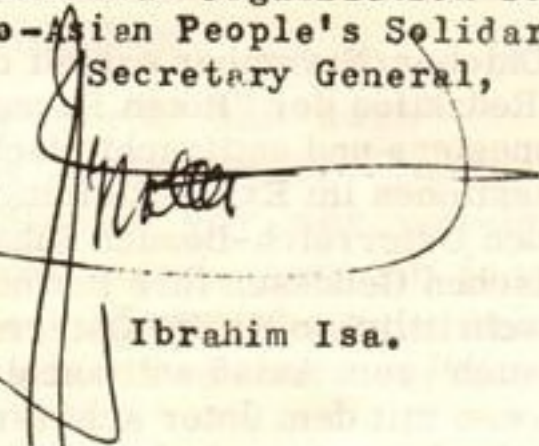
Betreuung. Sie ist eine große Ermutigung im Kampf unseres Volkes zur Zerschlagung des faschistischen Militär-Regimes unter Suharto und zur Errichtung einer Volksdemokratie in Indonesien.

Namens der OISRAA erlaube ich mir, Euch, Euren Genossen und dem ganzen demokratischen und freiheitsliebenden Volk Eures Landes unseren tiefen Dank auszudrücken für die echte Solidarität und Unterstützung, die Ihr unserem Volk erwiesen habt.

Wir hoffen sehr auf die weitere Fortsetzung der guten Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen Euch und unserer Organisation. Wir wünschen Euch allen beste Gesundheit und noch größere Erfolge in Eurer Arbeit und in Eurem Kampf!

Aufrichtig die Euren

Indonesian Organization For
Afro-Asian People's Solidarity
Secretary General,



Ibrahim Isa.

SCHWEDEN

GRÜNDUNGSPARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI SCHWEDENS

Vom 4. bis 7. Jänner 1973 tagte in Stockholm der dritte Kongreß der "Kommunistischen Liga (ML) Schwedens" und beschloß einmütig, die Liga ("Kommunistiska Förbundet Marxist-Leninisterna/KFML") in die Kommunistische Partei Schwedens ("Sveriges Kommunistiska Parti / SKP") zu verwandeln. Der Kongreß, der damit die Aufgaben eines Gründungsparteitags übernahm, wählte das erste Zentralkomitee der Partei, von dessen 21 Mitgliedern 14 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind und zu dessen Vorsitzendem Genosse Gunnar Bylin, der bisherige Vorsitzende des KFML, bestellt wurde.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Schwedens hat eine lehrreiche Vorgeschichte und stützt sich auf eine mehrjährige Vorbereitungsarbeit.

Schon früher hatte es in Schweden eine Kommunistische Partei gegeben. Wie die meisten anderen kommunistischen Parteien war sie im Ausgang des Ersten Weltkriegs gegründet worden und hatte einige Jahrzehnte lang eine richtige revolutionäre Politik verfolgt und vorwärtsweisende Kämpfe geführt. Seit dem Jahr 1943 aber begannen in dieser Partei negative Tendenzen in den Vordergrund zu treten, welche dazu führten, daß sich die theoretischen Standpunkte und die praktische Tätigkeit der Partei mehr und mehr dem Sozialdemokratismus näherten. In diesem Zusammenhang gab die Partei im Jahre 1967 ihren Namen auf und nannte sich nun "Linkspartei (Kommunisten) VPK". Selbstverständlich spielte bei dieser revisionistischen Entartung der Partei auch in Schwe-

den der XX. Parteitag der KPdSU mit seinen antimarxistischen Thesen und der konterrevolutionäre Angriff der Chruschtschowisten gegen Stalin eine maßgebliche Rolle.

Schon Anfang der Sechzigerjahre kam es in der SKP zu Versuchen revolutionärer Kräfte, der revisionistischen Entartung entgegenzutreten. Vor allem in der Zeitschrift "Clarté" erschienen etliche gegen den Revisionismus gerichtete Artikel. 1965 veröffentlichte der durch seine langjährige Tätigkeit im Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale und in der Komintern bekannte Genosse Nils Holmberg ein Buch mit dem Titel "Wohin geht Schwedens Kommunistische Partei?", worin er eindringlich vor der Gefahr der vollständigen Entartung der SKP warnte. Im gleichen Jahr gründeten Mitglieder der SKP in mehreren schwedischen Städten sogenannte "Marxistische Gesellschaften", deren Aufgabe es war, gegen den vordringenden Revisionismus zu kämpfen, worauf die Parteiführung mit administrativen Maßnahmen und Repressalien antwortete.

Mit der Umbenennung der SKP im Sommer 1967, die mit der Annahme eines durch und durch revisionistischen Programms verbunden war, spitzte sich der Kampf weiter zu. Die bewußtesten kommunistischen Kräfte Schwedens hielten nun den organisatorischen Bruch mit der SKP für unvermeidlich und gründeten den KFML (Kommunistische Liga/ML oder Kommunistischer Bund/ML), der sieben "Marxistische Gesellschaften" vereinigte. Unterstützt von den aus der Jugendorganisation "Clarté" und aus der Vietnam-Bewegung hervorgehenden Kräften stellte sich der KFML die Aufgabe, die Gründung einer neuen, marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei des Landes vorzubereiten, jene Aufgabe, die nun in Stockholm vollzogen wurde.

In den mehr als vier Jahren seiner Tätigkeit hat der KFML einen weiten Weg erfolgreich zurückgelegt. Da die meisten seiner Mitglieder jung waren und die marxistisch-leninistische Theorie in der SKP jahrzehntelang vernachlässigt worden war, schenkte der KFML vor allem der Schulungsarbeit größte Aufmerksamkeit. Erst diese gründliche ideologische und theoretische Arbeit schuf die Voraussetzungen, alle auftretenden nichtmarxistischen Strömungen und Tendenzen rechtzeitig aufzudecken und niederzukämpfen, was auch die rasche organisatorische Vorwärtsentwicklung der KFML ermöglichte.

So war im Frühjahr 1968 im KFML eine sogenannte "Rebellen-Bewegung" aufgetreten, eine pseudorevolutionäre, antiautoritäre Sektierergruppe, die sich unter Mißbrauch einzelner aus ihrem Zusammenhang gerissener Parolen der Proletarischen Kulturrevolution in China bemühte, den KFML zu zerschlagen und die Vietnam-Bewegung zu sprengen. Doch die Sektierer konnten in kurzer Zeit bloßgestellt und isoliert werden.

Der Aufschwung des Klassenkampfes - vor allem im Gefolge des Bergarbeiterstreiks von 1969 - und die Erfolge des KFML führten zu einem neuen Angriff sektiererischer Kräfte, der dogmatisch-terroristischen "R-Leute". Diese Splittergruppe bediente sich des Namens KFML(r), stellte sich also gewissermaßen als "revolutionäre" - darum das "r" - KFML vor, verleumdete die richtige KFML als revisionistisch und scheute auch vor terroristischen Methoden des Kampfes nicht zurück. Während die sogenannten

"Rebellen" das ganze schwedische Proletariat einfach als "korrumpiert" bezeichneten, versuchten die "R-Leute" ihre besonders revolutionäre Gesinnung dadurch unter Beweis zu stellen, daß sie den Kampf für Tagesforderungen sowie Gewerkschaftsarbeit überhaupt ablehnten. Obwohl die bürgerliche und sozialdemokratische Presse diese Sektierer und Abenteurer sogleich als die "wahren" Revolutionäre pries, konnten sie mit ihren Auffassungen nicht an Boden gewinnen und wurde ihr Angriff rasch abgewehrt.

Das immer wieder hervortretende Sektierertum enthüllte einen entscheidenden Mangel des damaligen KFML, die ungenügende Massenarbeit. Deshalb begann Anfang 1971 im KFML eine ein Jahr dauernde Diskussions- und Berichtungsbewegung, die zu einer wesentlichen Verbesserung der Arbeit in den Gewerkschaften und Massenorganisationen führte. Bald bestand der KFML in vielen Orten mehrheitlich aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. 1972 leistete er Massenarbeit auch auf vielen anderen Gebieten: Jugend, Schulen, Studenten, Frauen, Umweltschutz, Anti-EWG, Anti-Teuerungsbewegung, Vietnam und Dritte Welt, Freundschaft mit China, Kultur, Theater, Mietervereine, Kommunalpolitik, Arbeitslosenbewegung, Soldatenarbeit usw. usf.

Ende 1972 arbeitete der KFML bereits an mehr als 100 Orten Schwedens. In 16 Städten betreibt er Buchhandlungen und Literaturvertriebsstellen. Sein Organ "Gnistan", das mit einer Auflage von 500 Stück begann, ist heute eine Wochenzeitung mit 15.000 Exemplaren Auflage.

TÜRKEI

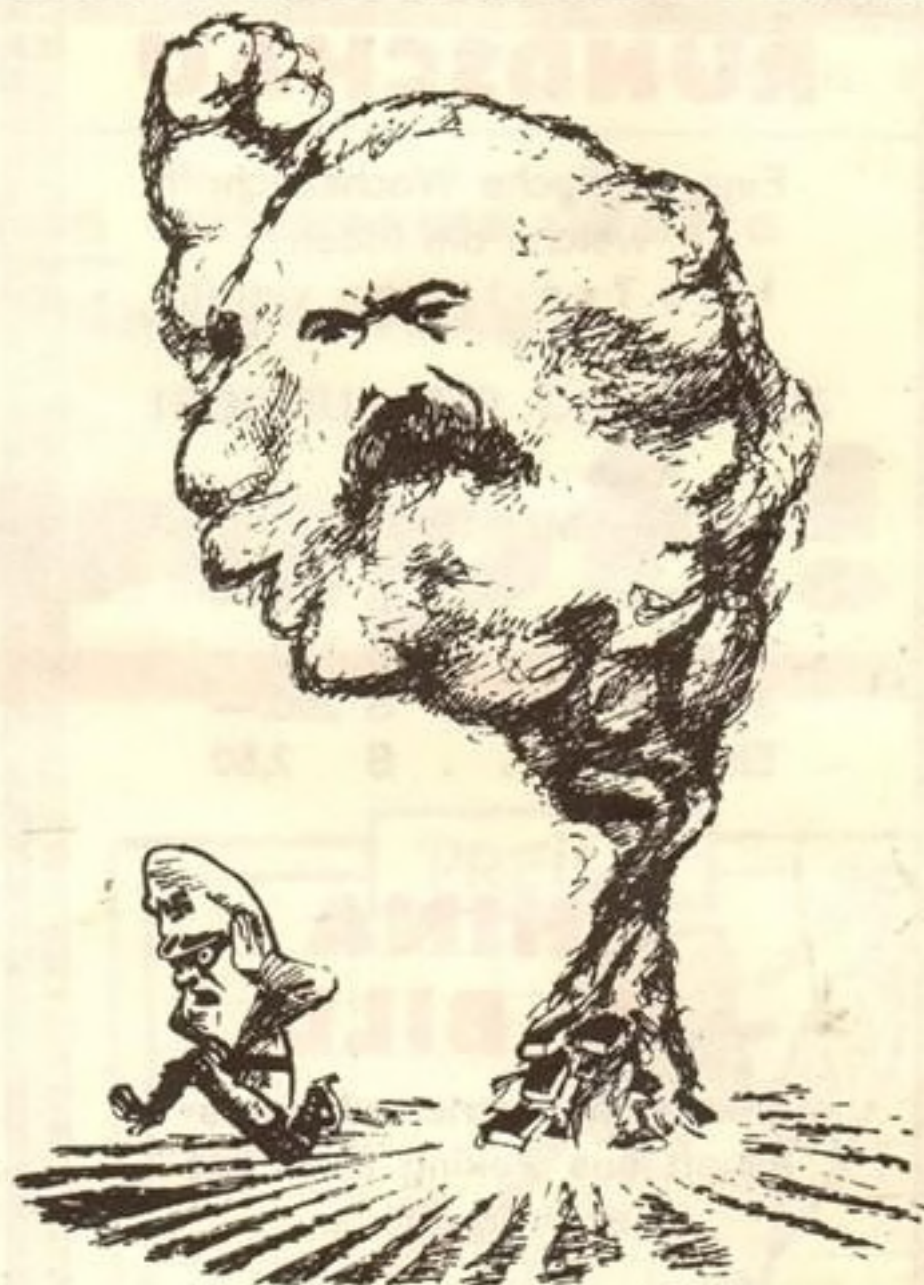
BÜCHERVERBRENNUNG IM STILE HITLERS KANN DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHE BEWEGUNG AUCH IN DER TÜRKEI NICHT AUFHALTEN

Angesichts des wachsenden Widerstandes des türkischen Volkes gegen das faschistische Regime, der fortschreitenden revolutionären Gärung unter den Massen der türkischen Arbeiter und Bauern und angesichts der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung im Lande greift die herrschende faschistische Clique zu immer verzweifelteren Mitteln und Methoden. Erst kürzlich hat sie das Kriegerrecht und die Ausnahmegesetzgebung weiter verschärft, immer wieder kommt es zu massiven Einsätzen von Polizei und Militär gegen die um demokratische Rechte und für dringende soziale Tagesforderungen kämpfenden Massen, immer neue Verhaftungswellen gehen durch das Land, die Meldungen über grausame Folterungen in Polizeistuben und Gefängnissen mehren sich, die faschistischen Sonder-Gerichte tagen in Permanenz. Doch es hilft alles nichts. Die Krise des faschistischen Regimes wird immer offenkundiger. Andererseits wächst das Interesse der Massen an revolutionären Ideen und marxistisch-leninistischer Literatur.

Um dieser für sie sehr ernstesten Gefahr entgegenzuwirken, hat das türkische faschistische Regime nun eine lange Liste von Büchern erstellt, die als "staats-

feindlich" erklärt wurden und deren Besitz oder Lektüre mit strengen Strafen bedroht wird. Bei umfangreichen Hausdurchsuchungen aufgefundene Bücher, die auf dieser Verbotsliste stehen, wurden nach dem Vorbild der Hitler-Faschisten auf öffentlichen Plätzen auf Scheiterhaufen geworfen und verbrannt. An führender Stelle unter den von den Faschisten verbotenen Büchern findet sich "Das Kapital" von Karl Marx, das "Manifest der kommunistischen Partei" von Marx und Engels und eine Reihe anderer Werke des Marxismus-Leninismus.

Gibt es einen besseren Beweis der unendlichen Lebenskraft des Marxismus und seiner nie erlöschenden



den Aktualität, wenn die Faschisten selbst mehr als ein Jahrhundert nach dem erstmaligen Erscheinen der Werke von Marx und Engels so panische Angst vor ihnen haben, daß sie sie buchstäblich mit Feuer und Schwert auszurotten suchen?

Wie recht hatte doch Genosse Stalin, als er nach dem Machtantritt des Hitlerfaschismus in Deutschland feststellte:

"Man behauptet, daß ihn (den Marxismus, Anmkg.) die bürgerlich-nationalistische Richtung, die man Faschismus nennt, vernichtet hätte. Das ist natürlich Unsinn. So können nur Leute reden, die die Geschichte nicht kennen. Der Marxismus ist der wissenschaftliche Ausdruck der Lebensinteressen der Arbeiterklasse. Um den Marxismus zu vernichten, müßte man die Arbeiterklasse vernichten. Die Arbeiterklasse aber kann man nicht vernichten. Mehr als 80 Jahre sind vergangen, seitdem der Marxismus auf den Plan getreten ist. In dieser Zeit haben Dutzende und Hunderte von bürgerlichen Regierungen versucht, den Marxismus zu vernichten. Und das Ergebnis? Die bürgerlichen Regierungen kamen und gingen, der Marxismus aber ist geblieben."

Authentische Berichte und Kommentare

aus dem sozialistischen China
in deutscher Sprache

PEKING RUNDSCHAU

Eine politische Wochenschrift,
welche die Ideen
Mao Tse-tungs vertritt.

ZUSENDUNG PER LUFTPOST

ABONNEMENTPREIS für

1 Jahr . . .	S 100,—
2 Jahre . . .	S 150,—
3 Jahre . . .	S 200,—
Einzelheft . .	S 2,50

CHINA IM BILD

Eine reich illustrierte Monats-
schrift aus Peking über das
Leben in China.

ABONNEMENTPREIS für

1 Jahr . . .	S 50,—
2 Jahre . . .	S 75,—
3 Jahre . . .	S 100,—
Einzelheft . .	S 5,—

Bestellungen erbeten an GUOZI SHUDIAN, Post-
fach 399, Peking, China - oder an die Abonnements-
vermittlung chinesischer Zeitschriften:

1151 WIEN POSTFACH 82

NEUES ALBANIEN

Die politisch-gesellschaftliche Illustrierte
"Neues Albanien" erscheint jeden
zweiten Monat in Tirana in acht Sprachen,
darunter seit Ende vorigen Jahres auch in
deutscher Sprache. Sie gibt in aufge-
lockerter und durch zahlreiche Fotos und
Farbreproduktionen illustrierter Form einen
vielgestaltigen Querschnitt durch alle Berei-
che des gesellschaftlichen Lebens Albaniens,
des einzigen wirklich sozialisti-
schen Landes in Europa.

BESTELLUNGEN der Zeitschrift können erfolgen bei:

DREJTORIA QENDRORE E PERHAP-
JES DHE PROPAGANDIMIT TE LIBRIT
Bulevardi "Konferenca e Pezes", Tirana,
ALBANIEN

Jenen Interessenten, die "Neues Albanien" der Ein-
fachheit halber beim Verlag und Literaturvertrieb
der "ROTEN FAHNE" in Wien bestellen bzw. durch
uns beziehen wollen, können wir während der
Einführungszeit der Illustrierten einen günstigen

JAHRES-BEZUG

bieten, bei dem wir lediglich unsere Selbstko-
sten berechnen, die sich aus Versandspesen, Por-
to und Manipulationskosten ergeben, während die
Zeitschrift selbst nicht verrechnet wird. Diese
uns zu vergütenden Regien betragen einschließlich
der Versand- und Portokosten pro Einzelheft
S 5,- und für die Lieferung von 6 aufeinanderfol-
genden Nummern (1 Jahr) S 30,-

Auf besonderen Wunsch sind wir auch gerne bereit,
unsere ausländischen Leser unter obengenan-
nten Bedingungen zu beliefern. Infolge der wesentlich
höheren Portokosten ergibt sich dabei jedoch ein
Regiepreis von DM 1,- bzw. Sfr. 1,20 pro Einzel-
heft; für 6 aufeinanderfolgende Hefte der Regiepreis
von DM 6,- bzw. Sfr. 7,-

Bei der Anforderung von Probeheften erbitten wir
die Beilage von S 2,50 in Form von Briefmarken
(Inland) oder eines Internationalen Postant-
wortscheins (Ausland).

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS
(MLPÖ)



Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ)
Herausgeber und Verleger: Franz Strobl. Für den Inhalt und den Druck
verantwortlich: Peter Tesinsky. Alle: 1150 Wien, Goldschlagstraße 64/5.
Keine Inseratenannahme. Zuschriften und Bestellungen von Abonnements
oder Probenummern erbeten an die Redaktion (Adresse wie oben, Tel.
92 33 88). Jahresabonnement (12 Nummern) S 35,-, Halbjahresabon-
nement (6 Nummern) S 20,-, Auslandsabonnement ö.S. 73,- oder
DM 10,-, Verteiler-Rabatte lt. Anfrage. Postcheckkonto 173.848(1)

